

Guido Di Tella in London und New York

Grosse Diplomatie im Weissen Haus und bei den UN um die Malwinen

Ohne Verlautbarungen aber mit der Gewissheit, dass sie sich in einem Monat wieder treffen, endete am Mittwoch die Zusammenkunft von Aussenminister Guido Di Tella mit seinem britischen Amtskollegen Robin Cook in London. Das Trachten Argentinien der Rückkehr zu dem „Zustand vor dem Krieg“ in Beziehungen und Verhandlungen, um wenigstens wieder Flüge und Kontakte zwischen dem Kontinent und den Inseln herzustellen, war Anlass für das neue Treffen. Dass das Gespräch die Nummer 38 trägt, drückt für Di Tella die Bedeutung der Beziehung und die Erwartung aus, beim 39. Gespräch einen Schritt nach vorn zu erreichen.

„Glauben Sie nicht, dass ich dafür mehr als 40 Treffen widmen werde“, hatte der Aussenminister im Büro Cooks im Foreign Office während des Treffens gescherzt. Den Journalisten erklärte er, man habe die Entwicklung nach Menems Besuch, das Ende des Embargos, den kommenden Besuch von Prinz

Charles, das Thema des Südatlantik und das des UN-Sicherheitsrates, dem beide Länder in den nächsten zwei Jahren angehören werden, besprochen.

Ohne besonderen Nachdruck auf das Thema bestätigte der Aussenminister, das Thema Malwinen habe und werde auch weiterhin in den Agenden stehen. „Es bestehen unterschiedliche Auffassungen zwischen Argentinien und Grossbritannien. Eine Diskussion zwischen zwei Teilnehmern. Dies geht an der Existenz der Inselbewohner nicht vorbei. Doch die formelle

Diskussion ist zwischen zwei Gesprächspartnern. So sehen das auch die Vereinten Nationen und wir halten uns an diese Auffassung“, betonte Di Tella.

Tags zuvor war der Aussenminister in New York von UN-Generalsekretär Kofi Annan zu einem halbstündigem Gespräch empfangen worden. Diesen hatte Di Tella mit der ihm eigenen Ironie gebeten, zu helfen, damit die Briten sich an einen Tisch zum Mate oder zum Tee setzen, um über die Situation auf den Malwinen zu sprechen. Zeugen waren dabei die Abgeordneten

von Opposition und Regierungspartei, Vizeausserminister Andrés Cisneros und Fernando Petrella, Argentinien's Botschafter bei den Vereinten Nationen. Die argentinische Delegation hatte die Notwendigkeit dargelegt, in London alle mit den Inseln zusammenhängende Themen zu behandeln. Derart übereinstimmten Allianz und Justizialismus ihre Auffassungen, nämlich des Einschlusses des Themas der Souveränität, wie dies von der Opposition gefordert wird, und den Vorschlag der Regierungspartei, über andere Themen wie die Wiederaufnahme der Kommunikationen und des freien Reiseverkehrs zwischen den Inseln und dem Festland zu verhandeln. Die Abgeordneten und Di Tella hatten Annan gebeten, er möge sich entsprechend der UN-Resolution 2065, die London und Buenos Aires auffordert, Gespräche zum Thema aufzunehmen, für eine Annäherung beider Seiten einsetzen. Annan habe versprochen, so verlautet, er werde sehen, was er machen könne.

(Kommentar Seite 2)

Kelpers reagieren versöhnlich

Zum ersten Mal seit dem Krieg von 1982 hat die Regierung der Malwinen inoffiziell eingeräumt, dass ein Dialog mit Argentinien über die Souveränität möglich ist. Auch wurde, wie nie zuvor, die interne Debatte bekannt, die die Kelpers im Zusammenhang mit dem Thema trennt. Sechs der acht Inselräte öffneten am Dienstagabend die Tür zu einer Annäherung indem sie versicherten, die Bevölkerung der Inselgruppe werde bei Einleitung von Gesprächen nicht aussen vor bleiben. Am Ende einer öffentlichen Sitzung versicherten die sechs Räte, dass sie hinter dem Rücken der Inselbewohner keinen Dialog aufnehmen würden. Es gehe um Formeln der Transparenz, wenn Argentinien vorschläge, wie der Konflikt um die Souveränität ein für allemal gelöst werden könne.

Neue interne PJ-Fraktion „Bauen“

Kampfansage an die Adresse Eduardo Duhalde

Eduardo Duhalde sah sich am Mittwoch einer heftigen Äusserung des Widerstandes gegenüber, die die interne Auseinandersetzung im bonaerenser PJ für die Gouverneurskandidatur nicht unerheblich aufheizte. Die Kampfansage erfolgte im Rahmen eines Treffens von 200 Parteimanagern der Provinz in Pinamar, in dessen Verlauf die Bildung einer neuen internen Fraktion bekanntgemacht wurde. Die Gruppe, zu der zwei bereits existierende Strömungen gehören, ist entschlossen, Front gegen Duhalde zu machen, wenn dieser eine eigene Liste in dieser Wahl mit Kandidaten auf allen Ebenen präsentiert. Es handelte sich um das zweite Treffen des sogenannten „Grupo Bauen“, der von dem Präsidenten der Abgeordnetenkammer und dem Wortführer der Liga Federal Alberto Pierri gefördert wird. Das zweite Standbein der Fraktion ist der Nuevo Espacio Peronista (etwa „Neue peronistische Fraktion“ oder „Neuer peronistischer Flügel“), eine Liga von Bürgermeistern der bonaerenser Stadtumgebung, die den Ex-Landwirtschaftssekretär Felipe Solá als Gouverneurskandidat propagieren. Das Konklave zur Debatte der Einigkeit des PJ im Hotel del Bosque dauerte mehr als drei Stunden. Es erbrachte im Zusammenhang mit der Konfrontation zwischen Carlos Menem und Duhalde um die Kontrolle der Partei eine weitere bedeutsame Erkenntnis: Der Grupo Bauen unterstützt den Präsidenten als „unbestreitbaren Führer“ des Justizialismus. Dies versicherte Pierri in seiner Rolle als Sprecher während der Pressekonzferenz nach dem Treffen. „Nachdem er den grossen Wandel im Land durchführte, gehört Menem zweifellos und ohne Diskussion die Führung“, versicherte Pierri.

Glückwünsche von Kofi Annan

Kontinentaleisvertrag Meilenstein für den Frieden

UN-Generalsekretär Kofi Annan hat Präsident Carlos Menem am Donnerstag einen Brief gesandt, in dem er den kürzlich zustande gekommenen Vertrag über das Kontinentaleis rühmte, den Argentinien und Chile am Ende unterzeichneten. Ausserdem versicherte Annan ausdrücklich, der Vertrag wäre ohne die Weitsicht des argentinischen Präsidenten nicht möglich gewesen. „Für die Vereinten Nationen ist dieser Vertrag ein Meilenstein mehr im Prozess der Befestigung des Friedens und der Entwicklung in der Region“, schrieb Annan in seiner Botschaft. „Die Existenz von Grenzproblemen ist ein destabilisierender Faktor im Fortschritt der Völker, der die Solidarität zwischen ihnen unterhöhlt. Daher stellt dieser Vertrag ein Modell für jene Länder dar, die sich noch Grenzdisputen gegenübersehen“, hiess es weiter. Der UN-Sekretär äusserte sich optimistisch hinsichtlich der Zustimmung der Parlamente beider Länder. „Ich bin sicher, dass die Ratifizierung des Vertrages durch die Parlamente eine Ära vermehrter Zusammenarbeit und Integration eröffnet und dadurch die Bedingungen für die umfassende Entwicklung zukünftiger Generationen in der Region“, schrieb Annan. Der Generalsekretär sandte den Brief zwei Tage nach dem Treffen mit Aussenminister Guido Di Tella im UN-Gebäude in New York, in dem er versprochen hatte, London zu konsultieren, um das festgefahrene Thema „Malwinen“ in Bewegung zu bringen. Annan versagte sich auch ein ganz persönliches Lob von Präsident Carlos Menem nicht. So versicherte der Generalsekretär der Vereinten Nationen: „Ihre Weitsicht, ihre Exzellenz, haben die Unterzeichnung dieses Vertrages möglich gemacht“.

Malwinen-Politik und kein Ende

Nachdem der südpatagonische Grenzkonflikt mit Chile über das Kontinentaleis in einem Vertrag geregelt worden ist, dessen Ratifizierung durch beide Kongresse unterwegs ist, konzentriert die Regierung Präsident Menems alle aussenpolitische Energie auf das ungelöste Malwinen-Problem. Nahezu pausenlos bemühen sich der Staatschef selber sowie insbesondere sein Aussenminister Guido Di Tella und dessen Vizekanzler Andrés Cisneros um neue Initiativen, damit eine Lösung für den Streit gefunden werden kann.

Der Besuch Menems in Grossbritannien hatte dazu beigetragen, die Gemüter zu besänftigen. Ein neuer Geist der Versöhnung nach dem bewaffneten Grenzkonflikt von 1982 bemächtigte sich der Argentinier und Engländer. Premierminister Tony Blair erwähnte diesen Geist der Versöhnung in seiner Botschaft an die Inselbewohner zum Jahresende. Das britische Waffenembargo wurde teilweise aufgehoben, so dass die argentinischen Streitkräfte Ersatzteile in Grossbritannien erwerben dürfen. Der Sitz des Antarktissekretariates in Buenos Aires, den alle Partner ausser London gutgeheissen hatten, dürfte demnächst verwirklicht werden, sofern die britische Regierung ihr Veto aufgibt, wie es längst heisst.

In Washington, wo in der Vorwoche Menem seinen zweiten Staatsbesuch absolvierte, wurde, soweit öffentlich bekannt, eigentlich nur das Malwinenproblem vorgetragen. Menem ersuchte Präsident Clinton, dass er mit Blair spreche, damit Verhandlungen eingeleitet werden können. Das sollte keine formelle Vermittlung sein, für die Clinton seit seinem Besuch in Buenos Aires gegen Ende 1997 bereit steht, sofern beide Parteien dies wünschen. Weder Buenos Aires noch London erwärmen sich für eine solche Vermittlung, die zudem bei Staatssekretärin Madeleine Albright keinerlei Enthusiasmus hervorruft. Sie hält sich offenbar an die traditionelle Politik des State Departments in Sachen Malwinen: „hands off“, Hände weg. Das einzige Mal, als sich ein Staatssekretär in die Malwinenaffäre eingemischt hatte, kostete es ihn den Posten: Das war das Schicksal von General Alexander Haig im Malwinenkonflikt von 1982. Sein Vermittlungsversuch schlug fehl. Sicherlich wird Clinton mit Blair am Telefon über das Thema sprechen, womit immerhin bekundet werden wird, dass die US-Regierung an einer gütlichen Lösung des Konfliktes zwischen zwei Alliierten der USA interessiert ist. Nach Clinton wurde der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, durch Aussenminister Di Tella bemüht, damit er sich bei Blair einsetzt, Verhandlungen mit Argentinien einzuleiten, wie es die UNO-Resolution von 1965 befiehlt. Bisher hat London diese Resolution durchweg abgelehnt. Annans Befugnisse sind jedoch solange eingeschränkt, wie er nicht vom Sicherheitsrat formell beauftragt wird. Das würde an einem britischen Veto scheitern.

Der Besuch Di Tellas in New York bei Annan erfolgte in Begleitung dreier Nationaldeputierter der Opposition: Ex-Aussenminister Dante Caputo, damals in der radikalen Regierung Alfonsíns, der später beim FREPASO als Mitglied der Sozialistischen Partei landete; ferner der Sozialist Guillermo Estevez Boero und der Radikale Marcelo Stubrin. Diese Deputierten hatten vor über einem halben Jahr den Konsens über einen neuen Vertrag mit Chile in Sachen Kontinentaleis mit ausgearbeitet. Seither gilt der Konsens als gemeinsame Staatspolitik der Regierung und der Opposition, wie sie auch beispielsweise hinsichtlich des Mercosur besteht. Ein solcher Konsens soll auch die Malwinen-Bemühungen der Regierung unterstützen. Angeblich hatte die Londoner Regierung das während der Visite Menems angeregt. Die aussenpolitischen Bemühungen bei Clinton, Blair und Annan sollen offenbar bewirken, dass sich die Fronten in den Verhandlungen aufweichen, die zwar formell nicht existieren, aber tatsächlich seit vielen Monaten unterwegs sind. Über die Souveränität der Inseln und des Südatlantiks kann nicht verhandelt werden, weil sowohl Argentinien als auch Grossbritannien darauf bestehen. Die Metapher des Regenschirms, unter dem die Hoheitsansprüche beider

Parteien als beidseitige Souveränitätsreserve ruhen, kann weiterhin dienlich sein, sofern in anderen Fragen Einigkeit erzielt wird. Eine Frist von zwanzig Jahren wurde sogar erwähnt, während der die Souveränität ruhen würde. Di Tella verhandelte zudem während einer Blitzreise in London mit Ausseminister Robin Cook, ehe er abermals in Washington vorsprach, um das Thema weiter zu vertiefen. Eine nordatlantische Pendeldiplomatie zur Lösung eines südatlantischen Problems.

Nachher müsste das brenzlige Thema nochmals vorgetragen und ausgehandelt werden. Die Inselbewohner bestehen freilich darauf, dass nachher ein Referendum auf den Inseln einberufen wird, das ihnen auch die Möglichkeit der Unabhängigkeit unter britischem Schutz, versteht sich, einräumen müsste. Das lehnt Buenos Aires ab. In Sachen Malwinen gilt hierzulande die Regel, dass die Interessen, aber niemals die Wünsche der Inselbewohner zu achten sind, wie es auch die Verfassungsnovelle von 1994 vorschreibt.

Der jetzige Streitpunkt konzentriert sich auf Reisen, Geschäfte und Vermögensbesitz der Argentinier auf den Inseln, die ihnen deren Vertreter im Inselrat („Council“) formell verweigern. Die britische Regierung lässt das stillschweigend zu, obwohl sie als Kolonialmacht das Recht hat, ihren Gouverneur anzuweisen, das entsprechende Inselgesetz ausser Kraft zu setzen.

Über andere Themen wird ständig verhandelt, insbesondere Erdöl und Fischerei. Vier Bohrungen in Malwinengewässern wurden als ergebnislos aufgegeben. Drei Bohrungen stehen bevor, ebenso mögliche Ausschreibungen von neuen Konzessionen. Die Fischerei ist ein ungelöster Streitpunkt, den Argentinien als einziges echtes Verhandlungspfand hält. Die Inselbewohner leben von den Gebühren der Konzessionen an fremde Fischfangflotten, meistens aus Asien, nachdem die traditionelle Wollschur nur noch wenig bringt, seit die Wollpreise international niedrig sind und nach der vorjährigen Asienkrise noch mehr gefallen sind.

Die Vertreter der Inselbewohner beklagen sich, dass die argentinische Regierung sie bedroht, freilich nicht mit Waffen, deren Einsatz in der Verfassungsnovelle von 1994 ausdrücklich untersagt ist. Sie beanstanden einen Gesetzesentwurf von Senator Eduardo Menem, Senatsvorsitzender in Abwesenheit von Vizepräsident Ruckauf, der Erdölgesellschaften mit Bussen bestraft, wenn sie sich weigern, Argentinien Gebühren zu bezahlen. Das ist freilich reine Theorie, solange kein Erdöl in den Malwinengewässern gefördert wird.

Ausserdem kritisieren sie, dass keine Einigung im Fischfang erreicht wird, der ihnen ihre Einnahmen aus den Gebühren sichert. Darüber wird verhandelt. Und neuerdings sind sie erobert, weil Chile angeblich, um Argentinien zu dienen, die Flüge von Punta Arenas bis zu den Inseln ab April 1999 untersagt hat, ab welchem Monat die Konzession der privaten Luftfahrtgesellschaft abläuft. Zudem hat Di Tella der Regierung in Uruguay anheimgestellt, keine Flüge als Alternative zuzulassen. Dann verbleiben nur noch die Flüge nach London über die Insel Asunción im Atlantik. Solange die Inselbewohner nicht einlenken oder die britische Regierung als Kolonialmacht einspringt, bleibt es dabei, dass etwa 1.500 erwachsene Bewohner der Inseln, genannt Kelpers, sich gegen Buenos Aires, seine Alliierten im Mercosur, Präsident Clinton, Kofi Annan und sogar Tony Blair auflehnen, nur weil sie keine Argentinier als Reisende, Touristen oder Geschäftsleute zulassen wollen. Ihr Einlenken würde den Weg für ein Abkommen freimachen, das ihnen selber nur nützen kann und einen reichlich absurden internationalen Streitfall ausräumen würde. Menem dürfte fühlen, dass der internationale Druck, den seine Regierung neuerdings in Sachen Malwinen ausübt, ihn näher zu einer Lösung dieses letzten argentinischen Grenzproblems bringen dürfte als je zuvor, damit zumindest eine argentinische Flagge auf den Inseln wehen darf.

Unvergessliche Sabina Olmos

Star der „Goldenen Jahre“ des argentinischen Films nahm sich im Alter von 85 Jahren das Leben

Die Schauspielerin Sabina Olmos hat sich am vorletzten Donnerstag wenige Tage vor ihrem 86. Geburtstag in Buenos Aires das Leben genommen. Wie die Polizei mitteilte, stürzte sich Olmos in den Morgenstunden des 14. Januar aus dem Küchenfenster ihrer Wohnung im neunten Stock des Edificio 5 in der Pasaje García 5660 in Villa Lugano.

Ihre Reste wurden bereits einen Tag später im „Pantheon“ der Schauspieler auf dem Charcarita-Friedhof beigesetzt.

Die Protagonistin von etwa 30 Spielfilmen, die auch im Theater und Fernsehen - wengleich diese nicht „ihr“ Metier waren - brillierte, soll nach Angaben von Freunden bereits seit langem unter Depressionen gelitten und mehrfach ihren Selbstmord angekündigt haben. Ebenso könnten grosse finanzielle

Probleme die einstmalige Diva in ihr tragisches Ende getrieben haben, wie aus dem Bekanntenkreis von Olmos verlautete.

Die fast sechzigjährige Karriere des grossen Stars der 30er und 40er Jahre fand erst 1992 mit dem Streifen „Siempre es difícil volver a casa“ ihr Ende. Als wäre der Filmtitel ein Hinweis auf das Privatleben „der Olmos“, läutete das dramatische Werk des Regisseurs Jorge Polaco nicht nur den cine-astischen Rückzug der Actriz ein: Eine niedrige Rente, die ihr das einstmals gewohnte Starleben schon längst nicht mehr erlaubte - zu den Dreharbeiten des Polaco-Films soll sie gar im Stadtbus gefahren sein - und das Fehlen persönlicher Beziehungen führten dazu, dass sie sich immer mehr zurückzog.

„Intimidaciones de una cualquiera“ 1973 war nur ein Zwischenpiel auf dem Weg ins langsame Abseits. Aus heutiger Sicht hat diese Rolle das Ende der Olmos bereits vor fast 26 Jahren vorhergesagt: Die Protagonistin begeht darin Selbstmord.

Eine Verwaltungstätigkeit bei Canal 11 in den achtziger Jahren konnte ihr weder finanziell noch psychologisch aus dem Tief helfen, mit ihrem Mann, dem Schauspieler und Sänger „Charlo“, hatte sie ihr Geld bereits zwanzig Jahre zuvor bei Spekulationsgeschäften verloren. Spätestens seit 1990, nach dem Tod Charlos, vereinsamte sie mehr und mehr.

Zuletzt bezog die Schauspielerin, die in ihren besten Jahren als eine der schönsten Frauen Argentiniens galt, eine Rente von der einheimischen Filmindustrie. Ihr letzter öffentlicher Auftritt in der Show von Susana Giménez, die ihr durch solche Gelegenheiten immer wieder finanziell auf die Beine half, liegt bereits einige Monate zurück. Mirtha Legrand, Diva aus ge-



Sabina Olmos, fotografiert von Annemarie Heinrich

meinsamen Vorkriegsjahren, zahlte ihr zeitweise die Miete.

Dem traurigen Abgang stand jedoch ein phänomenaler Einstieg in die Branche gegenüber. Wie aus dem Nichts eroberte die am 3. Februar 1913 als Rosa Gómez geborene Olmos im Jahre 1934 das Show-Geschäft.

Zunächst als Folklore-, später dann als Tango-Sängerin war sie bei Radio „Splendid“, „Rivadavia“ und „El Mundo“ jedoch nur kurzzeitig „auf Sendung“. Gleichwohl sind aus jener Zeit noch einige bemerkenswerte Aufnahmen der Nachwelt erhalten geblieben. In der Folgezeit widmete sich der Star dem Theater und vor allem dem Film.

Während der grossen Zeit des argentinischen Films spielte sie in den dreissiger und vierziger Jahren unter der Regie von Meistern wie Manuel Romero, Francisco Mugica, Luis Saslavy oder auch Luis César Amadori an der Seite von Niní Marshall, Olinda Bozán oder Zully Moreno.

Neben dem Sänger, Schauspieler und Tänzer Hugo del Carril und dem Spanier Pedro López Lagar brillierte sie in Filmen wie „La vida es un tango“ (1938), „Historia de una noche“ (1941) oder „Tierra del Fuego - Sinfonía bárbara“. Ihre erste Filmrolle übernahm sie 1937: „El casamiento de Chichilo“ von Isidoro Navarro mit Francisco Charmello in der Hauptrolle zeigte Sabina Olmos - folgerichtig ihren Ruhm als Sängerin nutzend - jedoch nur singend.

Immer im Gedächtnis wird Olmos den Argentinern durch ihre Rolle in dem 1939 gedrehten Werk „Así es la vida“ von Francisco Mugica bleiben. Darin verkörperte sie eine junge Schönheit, die aus Gehorsam zu den Eltern auf die grosse Liebe ihres Lebens verzichtet.

Ein glücklicheres Filmlos war ihr zuvor in „Canillita“ hold. Dort flüchtete sie mit dem Liebsten in eine gemeinsame Zukunft. Auch mit Niní Marshall war ihr ein frohes Ende in „Mujeres que trabajan“ (1938) oder „Yo quiero ser bataclana“ (1941) hold. Ebenso in „La vida es un tango“ von Manuel Romero meinte es das Schicksal mit der von Olmos gespielten Heldin gut. Der einstige Verehrer und Freund kehrt schliesslich zu ihr zurück, jedoch alt, krank und besiegt: Keine Liebe ohne Schatten - die Olmos in ihrem Element.

Denn die Schauspielerin war durch ihr scheinbar zerbrechliches Äusseres und ihre traurige Stimme, über die sich das gespielte Leid der Filmrollen perfekt transportieren liess, als tragische Heldin prädestiniert. „Boina blanca“ (1941), „Historia de una noche“ oder „Eramos seis“, worin sie ihre erste Hauptrolle spielte, brachten die Frustrationen des Lebens - versteckt hinter dem Antlitz der Schönheit, für die die Olmos in jungen Jahren auch stand - in die Kinosäle des Landes.

Als krankhaft besessene (in „La gata“ von Mario Soffici 1947), vom Leben geschlagene (in „Carnaval de antaño“ 1940), oder sich selbst richtende Frau (in „Intimidaciones de una cualquiera“ 1973) - immer spielte Sabina Olmos auch sich selbst und war zugleich Spiegel für viele argentinische Frauen, die sich in den dramatischen Rollen der Schauspielerin wiederfanden.

JW

Allianz stellt Formel vor

Die Allianz wird morgen, Sonntag, ihre Präsidentschaftsformel präsentieren. Tatsächlich wird diese offizielle Verlautbarung anderthalb Monate nach der Nominierung der Kandidaten, Fernando de la Rúa und Chacho Alvarez, erfolgen. Das Debut von De la Rúa und Alvarez als Kandidaten wird in zwar sommerlicher Szene jedoch ohne die Hitze der Massenveranstaltungen über die Bühne gehen. Der Rahmen wird das Treffen der Bürgermeister in Mar del Plata sein und unter den Eingeladenen sind auch die beiden Radikalen Melchor Posse und Enrique García, die sich um die Formelpartnerschaft mit der Gouverneurskandidatin, Graciela Fernández-Meijide, streiten. Wenn es am Sonntag auch um den Formelstart geht, so verlautet aus dem Kampagne-Stab doch, dass es um den Start einer Serie von Veranstaltungen im ganzen Land geht, in denen es um Bildung, Arbeit, Regionalwirtschaften und PyMEs geht. Die Organisation ist Sache eines Komitees aus UCR und Frepaso.

SERVICIOS DIGITALES S.A.

ESPECIALISTA EN
Multimedia, Titulos CD-Rom, Presentaciones Interactivas, Documentos Electrónicos, Internet, Intranet y mucho más...

Corrientes 456 - P.16 - of. 161 - (1366) Bs. As. - Argentina
Tel/Fax: (54-1)393-8837/394-8298 - servicios@maus.com.ar

Autobahn 9 de Julio wird weitergebaut

Schnellweg wird in drei Jahren von Retiro bis zur Avenida General Paz reichen

Das Projekt eines Schnellweges, der Retiro mit der Avenida General Paz verbindet, datiert von 1981. Doch erst im Jahre 1996 wurde ein Teil des Planes realisiert. Unter dem Namen Arturo Illia wurden seinerzeit 3,3 Kilometer (bis Salguero) für den Verkehr eröffnet, kaum ein Drittel der projektierten Autobahn 9 de Julio Norte. Jetzt versichert die Stadtregierung, dass die Arbeiten im Juni 2001 beendet sein werden. In wenigen Tagen soll daher der Autobahnbau, der mehr als ein Jahrzehnt geruht hat, wieder aufgenommen werden. Grund der Verspätung waren wiederholte Änderungen am ursprünglichen Konzessionsvertrag. Ziel des Projektes ist eine Verbindung zwischen dem Süden und Norden der Stadt.

Dies ist aber nur möglich, wenn entschieden wird, ob die an Puerto Madera, vorbeiführende Autobahn tiefergelegt (in einem Graben) oder direkt durch

einen Tunnel geführt werden soll. Dieser Abschnitt wird nach der Fertigstellung als Anbindung zwischen den Autobahnen Buenos Aires - La Plata und Arturo Illia dienen. „Die Fertigstellung der Autobahn Arturo Illia wird Probleme des Stadtverkehrs lösen. Zu unterstreichen ist, dass sie den Steuerzahler nicht einen Centavo kosten wird, da es eine Mautkonzession ist, das heisst, wer sie benützt, zahlt“, erklärte dazu der Sekretär für Produktion und Dienste der Stadtregierung, Nicolás Gallo.

Das Unternehmen Covimet, an das die Konzession der Autobahn Arturo Illia vergeben wurde, wird mit einem Kostenaufwand von 80 Millionen Pesos das fehlende Teilstück bauen. Gallo versichert, dass im Juni 2001 alles fertig sein wird. Gemäss dem Bauplan werden die ersten Arbeiten der Neugestaltung der Avenidas Leopoldo Lugones und Intendente Cantilo

unter Einschluss der Erstellung von Gehsteigen, Schutzgittern, Randstreifen, Fahrradwegen und der Installierung neuer Beleuchtung und Beschilderung gewidmet sein. In der gleichen Baustufe, die bis Ende Februar dauert, soll auch die Ausfahrt von der Autobahn zur Avenida Presidente Castillo erweitert werden. Nach Beendigung dieser Arbeiten wird die Mautgebühr, die jetzt 50 Centavos beträgt, einen Peso betragen. Wenn das gesamte Bauwerk vollendet ist, das heisst ab 2001, wird sie auf 1,30 Pesos erhöht.

Was aber sicher die nachhaltigste Wirkung haben wird, ist der Bau einer neuen Abfahrt zur Avenida Pueyrredón für die Fahrzeuge die vom Norden kommen und ins Zentrum der Stadt wollen. Davon erwartet sich die Stadtregierung eine merkliche Entlastung der 9 de Julio. Gemäss dem Zeitplan werden diese Arbeiten zwischen Juli 1999 und Dezember

2000 durchgeführt. Die Fahrzeuge hingegen, die auf der Avenida Libertador nach Norden fahren, werden dann eine Auffahrt zur Autobahn Arturo Illia haben, die auf der Höhe der Calle Suipacha gebaut wird. Diese Auffahrt wird zwischen Juli und Dezember dieses Jahres gebaut. Im gleichen Zeitraum werden auch noch weitere Arbeiten durchgeführt, so die Erweiterung der Auffahrt zur Avenida General Paz von der Avenida Cantilo und der Bau einer Fussgängerbrücke auf der Höhe des Fussballstadions von River. Der Abschnitt der Autobahn Arturo Illia, der in den kommenden drei Jahren fertiggestellt wird, läuft parallel zum Río de la Plata und verbindet zwei Bauformen: Einerseits ist sie Hochbahn wie auch an anderen Stellen der Stadt und andererseits auf Strassenniveau. Der Hochbahnanteil wird sich zwischen Salguero und Sarmiento befinden. Wie verlautet müssen zur Komplettierung der Streckenführung rund fünfzehn Meter Gelände des Stadtflughafens Aeroparque abgeschnitten und die Geleise des Belgrano Norte-Zugs rund drei Kilometer in Richtung Lugones neu verlegt werden. Ausserdem werden mit dem Bau des Verteiler Retiro, der als Anschluss zur Autobahn Buenos Aires-La Plata rund 200 Behelfsweisse der Villa 31 verlegt werden.

De la Rúa und Duhalde Haushalte

Im Wahljahr können 36.000 neue Arbeitsplätze vergeben werden

Der bonaerenser Gouverneur Eduardo Duhalde und der Chef der Stadtregierung Fernando de la Rúa, beide Bewerber um den Stuhl Rivadavias, können in diesem Jahr in ihren Haushalten als Regierungschefs über rund 14,5 Milliarden Pesos verfügen. Der Justizialist Duhalde und der Radikale De la Rúa handhaben als Amtsträger die beiden - nach dem Nationalhaushalt - grössten Haushalte der öffentlichen Verwaltung.

Ausserdem sind beide ermächtigt, in dem Jahr, in dem entschieden wird, wer der neue Präsident der Republik ab dem Jahr 2000 wird, 36.000 neue Angestellte in die öffentliche Verwaltung aufzunehmen. Die offizielle Politik, öffentliche Arbeitsstellen in Wahljahren zu vergeben, war bisher in Argentinien Tradition und wird also auch weiterhin üblich bleiben. Die Allianz kontrolliert seit 1997 die Legislativen sowohl der Provinz Buenos Aires als auch der Autonomen Stadt. Bei der Entscheidung über die Bestimmung von mehr als 14 Milliarden Pesos, von denen einige in die Stadt fließen, die der Radikale De la

Rúa verwaltet, begann die Opposition auch die Grenzen ihrer Möglichkeiten zu sehen, andere Ausgabekriterien als der Justizialismus einzubringen.

Während der bonaerenser Gouverneur in La Plata vorzog, sich eines Kommentars zu enthalten, erklärte Stadtregierungschef Fernando de la Rúa im Brustton der Überzeugung, er werde das Personal seiner Regierung nicht erhöhen. Sein Finanzsekretär Eduardo Delle Ville wies darauf hin, dass, wenn auch der Haushalt für 1999 eine Steigerung von 30 Millionen Pesos in der Rubrik Personal verzeichne, dies nicht die Schaffung neuer Arbeitsplätze bedeute. Die Mittel seien, so Delle Ville, für die Mitte 1998 gewährten Gehaltserhöhungen für Lehrer und das technische Personal des Teatro Colón.

Obwohl der bonaerenser Haushalt fast drei Mal den der Stadt ausmacht, hat die Stadtregierung grössere Ausgaben für jeden einzelnen der drei Millionen Bürger der Hauptstadt als die Regierung der Provinz mit ihren rund 16 Millionen Einwohnern. Während die Stadt im

Haushalt eine Ausgabe von 1.100 Pesos pro Bürger festgeschrieben hat, so beträgt die entsprechende Ausgabe in der Provinz nur 670 Pesos.

Bignone wegen Babyraubes festgenommen

Haft soll in Hausarrest umgewandelt werden / Ermittlungen auch gegen Galtieri und Bussi

Die argentinische Justiz geht massiv gegen Juntamitglieder der letzten Militärdiktatur vor. Am Mittwoch wurde Ex-Staatschef Reynaldo Bignone wegen seiner Verstrickung in Babyraub festgenommen. Richter Adolfo Bagnasco habe Bignone über drei Stunden vernommen und dann festsetzen lassen; die Haft werde in Kürze in Hausarrest umgewandelt, meldeten die Medien am Donnerstag. Zahlreiche schwangere Frauen wurden während der Diktatur in Folterkeller verschleppt. Etwa 400 Schwangere sollen nach der Entbindung ermordet worden sein. Zuvor waren bereits Ex-Heereschef Cristino Nicolaides sowie Jorge Videla und sein enger Mitarbeiter, Admiral Emilio Massera, unter Hausarrest gestellt worden. Die Babies wurden nach der Enteignung kinderlosen Soldaten übergeben. Bignone ist damit das fünfte ehemalige Regierungsmitglied, das mittlerweile wegen Kinderraubes während des Regimes in Haft beziehungsweise Hausarrest sitzt. Es wird ausserdem darüber spekuliert, dass in Kürze auch Ex-General Leopoldo Fortunato Galtieri festgesetzt werden könnte. Das gilt auch für den Gouverneur von Tucumán, Antonio Bussi. 1990 amnestierte Präsident Carlos Menem die Soldaten, die 1985 erstmals in der Geschichte Südamerikas vor Gericht gestellt worden waren. Da 1985 über Kinderraub nicht verhandelt wurde, gelten die von Menem erlassenen Amnestiegesetze in diesen Fällen nicht.

Taktische Allianz Cavallo - Beliz

Domingo Cavallo und Gustavo Beliz vereinbarten am Dienstag in Mar del Plata zusammen im Rahmen der sich nähernden Wahlkampagne, das Land zu bereisen. Nach dem allgemeinen Misstrauen, das die Kontakte von Beliz mit der Allianz UCR-Frepass weckten, arbeiteten die beiden Ex-Minister an der Ausräumung des Unbehagens in den zweiten Gliedern sowohl von Acción por la República als auch der Nueva Dirigencia. Resultat ihres Treffens war die Planung einer Reihe gemeinsamer Wahlreisen und Slogans, was im Endeffekt auf eine Befestigung dieser politischen Gemeinschaft der Zentrumsrechten als dritte Wahloption herausläuft. Als Startmassnahme wird da an einem Haupttitel mit politischer Unabhängigkeit hinsichtlich PJ und Allianz gefeilt. Ein Sprecher beider Ex-Minister liess dazu verlauten, dass in dem Gespräch die Übereinstimmung zum Ausdruck kam, dass eine klare Differenzierung von den Angeboten der anderen Parteien erforderlich sei.

Die betont taktische Klarstellung erfolgte einen Tag nach dem Gespräch Cavallos mit dem bonaerenser Gouverneur Eduardo Duhalde über die Krise in Brasilien.

Im Rahmen dieses Treffens und im Gegensatz zu den wiederholten Dementis war auch die Möglichkeit einer politischen Union angesichts einer eventuellen Zweitwahl im Oktober nicht ausgeschlossen worden. Auch Beliz, bis vor einiger Zeit noch auf Grund konfuser Umstände im Vorfeld der Verfassungsreform 1994 distanziert von Duhalde, ist jetzt bei Duhaldisten gern gesehen.

Der Chef von Nueva Dirigencia wird Kandidat für das Amt des Stadteroberungschefs sein. Cavallo hingegen ist entsprechend den Umfragen der einzig mögliche Anwärter auf eine Art Schiedsrichterrolle. Er erklärte kürzlich, wenn es zu einer Ballottage käme, werde er die Bildung „der bestmöglichen Regierung“ anstreben. Cavallos Leute aber spazierten am Tag des Treffens mit dem russischen Wirtschaftler Boris Fedorow durch Mar del Plata, der von den Resultaten des Konvertibilitätsplans überwältigt ist.

Historisches Datum soll Wahltag werden

Zeit zur Aufschiebung der Internwahlen und für neue Wiederwahlmanöver

Die Regierung beabsichtigt, zur Wahl des Präsidenten, der Gouverneure und Abgeordneten am Gründungstag des Justizialismus, dem 17. Oktober aufzurufen. Dies teilte Innenminister Carlos Corach, der entsprechend den Gesetzen formell den Wahlauftrag erlassen muss, am Montag offiziell mit. „Wir arbeiten auf Grund der Hypothese, dass die Nationalwahlen am 17. Oktober stattfinden, weil dieses Datum innerhalb der in der Verfassung vorgesehenen Fristen liegt“, sagte Corach.

Die Idee, des Día de la Lealtad peronista (Tag der peronistischen Treue) als Termin für den Aufruf zur Wahl soll denselben Quellen zufolge Corach von Präsident Carlos Menem selbst nahegelegt worden sein. Menem selbst zog es vor, zu schweigen.

Die Absicht, am 17. Oktober zur Wahl aufzurufen hat auch eine andere Lesart, nämlich die eines „Bubenstreichs“ gegen die Opposition. Gleichwohl liegt der Termin innerhalb der von der Verfassung im Artikel 95 festgeschriebenen Fristen. Da heisst es, „die Wahl wird innerhalb der zwei Monate vor dem Ende des Mandates des amtierenden Präsidenten durchgeführt“. Im Fall Menems ist es der 10. Dezember. Auch das steht in der Verfassung. Der Aufruf soll demnach 180 Tage vor der Wahl erfolgen.

Corach bemühte sich klarzumachen, dass bis zum 28. August Zeit sei, die Präsidentschaftskandidaten bei der Wahljustiz zu präsentieren. Gemäss

Gelegenheitsarbeiten und 12-Studententag

Die Hälfte der neuen Arbeitsplätze die in den vergangenen vier Jahren in der Hauptstadt und Gross-Buenos Aires geschaffen wurden, erfordern einen 11-12 Studententag. Die andere Hälfte sind Aushilfs- oder Gelegenheitsarbeitsplätze mit einer bis vier Stunden täglicher Arbeitszeit. Drei von vier dieser Arbeitsplätze waren für Frauen. Der Dienstleistungssektor hat praktisch die Gesamtheit dieser Arbeitsplätze vergeben, während die Industrie weiterhin Arbeitskräfte abbaut. Auf Grund der Art der neuen Arbeitsplätze waren die Frauen die grossen Gewinner bei der Verteilung diese Aushilfs- und Gelegenheitsarbeiten. Von insgesamt 337.014 neuen Beschäftigungen wurden 247.759 an Frauen vergeben, während die Männer kaum 89.255 bekamen. Das allerdings verhindert nicht, dass der Prozentsatz der arbeitslosen Frauen (15,4) höher ist, als der der Männer (11,8). Ausserdem aber waren die neuen Beschäftigungen für Arbeitnehmer, für die keine Rentenbeiträge abgeführt wurden, weil die Angestellten „Schwarzarbeiter“ sind, oder weil man sie mit von derartigen Beiträgen befreiten Zeitarbeitsverträgen einstellte. Eine weitere Gruppe mit diesem Nachteil sind die im Rahmen der Arbeitsbeschaffungspläne (Planes Trabajar) oder bei Gemeinschaftsarbeiten Beschäftigten. 75 Prozent der neuen Beschäftigungen gingen auf Grund der Art der Tätigkeit an Frauen, so die Förderung von Verkauf im allgemeinen und insbesondere im Bereich Gesundheit und Unterricht und oder Beschäftigungen im Haushalt. Alle diese Erkenntnisse gehen aus der Analyse der Encuesta Permanente de Hogares des INMDEC (Dauernde Haushaltsbefragung des Staatlichen Statistikinstitutes) hervor. Hinsichtlich der Industriebeschäftigten wird für den Erhebungszeitraum festgestellt, dass 70.224 Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz verloren.

Ölpest im Río de la Plata

Die Behörden bekommen die durch einen Schiffszusammenstoss am vergangenen Freitag verursachte Ölpest an der Küste des Río de la Plata nicht in den Griff. „Clarín“ meldete am Donnerstag, mittlerweile seien nahe des Badeortes Magdalena 16 Kilometer Strand verschmutzt.

Das Naturschutzgebiet Costero del Sur, das von UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) wegen seiner Artenvielfalt anerkannt ist, sei zu einem grossen Teil verseucht worden. „Für die Fauna ist das tragisch. Vor allem Fischreier sind gefährdet“, sagten Umweltschützer.

Der deutsche Frachter „Sea Parana“ war Ende der vergangenen Woche mit dem Tanker „Estrella Pampeana“ kollidiert. Dabei wurde ein Tank aufgerissen, 250 Tonnen Öl gerieten in den Fluss.

Die Behörden spielten die Gefahr tagelang herunter. Wiederholt hiess es, der Wind treibe den Teppich auf das offene Meer. Der Shell-Konzern, für den der Tanker „Estrella Pampeana“ fährt, hat 200 Personen zum Strandsäubern engagiert.

**e-mail im
Argentinischen
Tageblatt**

Die neuen Adressen

e-mail:

info@tageblatt.com.ar

Internet:

www.tageblatt.com.ar

Polemik um Einschränkung der Migration

Auslöser Regierungsinitiative für Kontrolle der illegalen Einwanderung

Das Regierungsprojekt zur Kontrolle der illegalen Einwanderung und zur Schaffung einer legalen Grundlage für die unmittelbare Ausweisung von Ausländern, die Straftaten begangen haben, das als Mittel gegen die Unsicherheitswelle gedacht ist, hat nach Bekanntwerden eine erste entschiedene Reaktion ausgelöst. Die Initiative, die auf die Unterschrift von Präsident Carlos Menem wartet, um dann dem Kongress eingereicht zu werden, wurde am Sonntag durch einen Zeitungsartikel bekannt. Unmittelbar danach lehnte der bonaerenser Justiz- und Sicherheitsminister León Arslanián die Idee rundweg ab, weil sie, wie er versicherte, zu fremdenfeindlichen Handlungen führen könne und ausserdem den Geist der Verfassung verletze. Das gemeinsam vom Innenministerium, dem Sicherheitssekretariat und der Einwanderungsbehörde erarbeitete Projekt sieht eine Änderung des Allgemeinen Migrations- und Einwanderungsförderungsgesetzes vor. Es geht um eingehendere Prüfung der Migranten und eine Verschärfung der Strafen für jene, die aus den Illegalen Nutzen ziehen. „Die Phänomene der Armut in Lateinamerika verbreiten sich mittels der Einwanderungen.

Daher müssen wir im Bereich der Migrationspolitik mit grosser Vorsicht vorgehen, um nicht einer Art fremdenfeindlicher Verteidigung zu erliegen“, erklärte Arslanián. Andererseits aber räumte der bonaerenser Sicherheitssekretär ein, die Beschränkungen für Ausländer seien Massnahmen zur Bekämpfung der Unsicherheit. Dazu hatte der bonaerenser Gouverneur Eduardo Duhalde seinerseits bei mehreren Anlässen versichert, dass unter den Ursachen der Arbeitslosigkeit auch die Konkurrenz der Ausländer gegenüber den Argentinern zu registrieren sei. Nachdem anfänglich einige diplomatische Vertreter von Nachbarländern erklärt hatten, sie seien nicht der Auffassung, das Projekt sei fremdenfeindlich, meldete sich am Dienstag der paraguayische Generalkonsul Víctor Pena Bareiro zu Wort. Im Rahmen eines Treffens mit Sicherheitssekretär Miguel Angel Toma erklärte der Konsul, es sei nicht gerecht, die Ausländer, seien sie nun Illegale oder nicht, für die Zunahme der Straftaten oder die Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen. Unterdessen aber gehen die Razzien im Stadtteil Once weiter. In den letzten drei Wochen wurden dort rund 1200 Ausländer, vor allem

Peruaner angehalten, die illegal im Lande leben. Von den 1998 registrierten Illegalen waren nicht weniger als

70,5 Prozent Peruaner, von denen viele in den rund 10.000 besetzten Häusern in der Stadt leben.

Argentinische Universitäten effizient

Unesco-Studie sieht Argentinien in Lateinamerika auf den Plätzen zwei und drei

Argentinische Studenten haben 1997 bei einem lateinamerikanischen Vergleich hinter Kuba den zweiten Platz im Fach Mathematik und den dritten Rang im Fach Landessprache erzielt. Dies geht aus einer von Bildungsministerin Susana Decibe am vorletzten Donnerstag vorgestellten Unesco-Evaluierung hervor. „Das Ergebnis zeigt die Effizienz der Ausgaben im argentinischen Bildungswesen“, sagte die Ministerin. Die Unesco-Studie verglich die Effizienz der Universitätsausbildung in Mathematik und Landessprache der dritten und vierten Jahrgangsstufe in elf lateinamerikanischen Ländern, darunter Argentinien, Chile, Kuba und Mexiko. Demnach weisen die kubanischen Studenten sowohl in Mathematik als auch im Fach Landessprache die deutlich besten Ergebnisse auf, obwohl das Land beim Vergleich der „menschengerechten Entwicklung“ nur an sechster, beim Vergleich des Bruttoinlandsproduktes (BIP) pro Kopf gar nur an siebter Stelle steht. In den beiden letztgenannten Fällen belegten Chile und Argentinien die ersten Ränge. Während argentinische Studenten im Fach Mathematik hinter Kuba den zweiten Platz belegten, wurden ihre Kommilitonen im Fach Landessprache allerdings von Kubanern und Chilenen auf den dritten Rang verwiesen. Sonst nur im Mittelfeld platziert, ist Mexiko gemessen am BIP das Land mit den anteilig höchsten Staatsausgaben im Bildungswesen. 26 Prozent werden von der mexikanischen Regierung für Bildung ausgegeben, in Argentinien liegt der Prozentsatz bei 15. An dem positiven Abschneiden Argentinien bei der Unesco-Studie hätten vor allem auch die Lehrer und Dozenten „höchsten Anteil“, sagte Decibe weiter.

DIE WOCHE IN ARGENTINIEN

Immobiliensteuer

Die Stadtregierung hat bekanntgegeben, dass die erste Rate - oder die Jahreszahlung der Stadtsteuer für Beleuchtung, Kehren und Strassenreinigung für gerade und ungerade Distrikte, die am 7. und am 14. Januar fällig waren, aus operativen Gründen erst am 27. Januar bezahlt werden brauchen.

Restaurant geschlossen

Die Stadtregierung schloss am vergangenen Wochenende wieder einen Restaurantbetrieb an der Costanera Norte. Wie verlautet beschlagnahmten die Stadtinspektoren „eine grössere Menge von verdorbenen Lebensmitteln und stellten schwere Verstösse gegen die Hygienebestimmungen fest“. Bei dem geschlossenen Lokal handelt es sich um das Lokal „A Nonna Inmaculata“.

Neue Zeitschrift

In diesen Tagen erschien die

neue Nummer der Zeitschrift „Ciudad Abierta“, die von der „Defensoría del Pueblo de la Ciudad de Buenos Aires“ (Ombudsmann) herausgegeben wird. Das Hauptthema ist den privatisierten Eisenbahnen gewidmet. Daneben enthält das Heft einen Bericht über Spielzeug aus gesundheitsschädlichen Materialien und eine Doppelseite über die Amtsübernahme der neuen Ombudsfrau Alicia Oliveira.

Unglaublich - aber wahr

50 Prozent der in einer gigantischen Kontrolloperation in Gross-Buenos Aires geprüften Fahrzeuge mussten auf Grund von Mängel beanstandet werden. Im Rahmen der Kontrolle wurden insgesamt 1.200 Kraftfahrzeuge geprüft. 600 von ihnen erfüllten die legalen Forderungen für die Teilnahme am Strassenverkehr nicht. Ganze 40 Prozent hatten die „verificación técnica vehicular“ (VTV, Obliga-

torische technische Überprüfung) nicht durchführen lassen. Die Kontrollen fanden in 13 Gemeinden statt, darunter Avellaneda, Quilmes, Berazategui und Zarate.

Entre Ríos-Karneval

Mit Trommeln, Hüftschwüngen und vielfarbigen Kostümen begann am vergangenen Wochenende in Entre Ríos der Karneval. Der Karnevalszug im „cosódromo“ von Gualeguaychú zu Ehren des Rey Momo wurde von der „comparsa“ (Karnevalstruppe), Marí Marí, die im vergangenen Jahr als Beste prämiert worden war, angeführt. 20.000 tanzten bis zum Morgengrauen. Die Organisatoren erwarten in diesem Jahr 350.000 Touristen zu diesem Ereignis, das bis zum 6. März dauert.

Cavallos Optimismus

Der Ex-Wirtschaftsminister Domingo Cavallo hat in einem Interview mit der in Miami erscheinenden Zeitung „El Nuevo

Herald“ versichert, er sehe sich als Präsident Argentinien in den Jahren 1999, 2003 oder 2007. Cavallo vertraut zudem darauf, dass seine Partei in den Oktoberwahlen das „Zünglein an der Waage“ sein werde.

UCR-Gedenktage

Eine der ersten Verpflichtungen von Stadtregierungschef Fernando de la Rúa nach seiner Rückkehr aus Bariloche war der Vorsitz in einer Gedenkveranstaltung zu Ehren des radikalen Ex-Präsidenten Arturo Humberto Illia. Auf dem Recoleta-Friedhof traf der Präsidentschaftskandidat für die Allianz Raúl Alfonsín. Dieser hatte am Sonntag an einer anderen Ehrung für den vor fünf Jahren verstorbenen Ex-Präsidenten der Abgeordnetenkammer, Juan Carlos Pugliese, teilgenommen.

Keine Ferien für Polizisten

Die offizielle Besorgnis über die Welle der Unsicherheit in der Nordzone der bonaerenser

Stadtumgebung bewirkte einige Notmassnahmen. Die Provinzpolizei hat am Montag den Urlaub von 70 Beamten suspendiert und sie mit 50 weiteren Beamten aus verschiedenen Bereichen in die Nordzone versetzt. Sie werden zur Unterstützung der 2.200 Polizisten in Tigre, San Isidro, Pilar und Vicente López Dienst tun. Ausserdem wurden der Leitstelle der Zone drei Hubschrauber zugeteilt. Weitere Massnah-

men sind laufende Kontrollen und Razzien an 232 neuralgischen Punkten der Nordzone.

Millionenembargo

Die Justiz hat ein Embargo über verschiedene Besitztümer der Gemeinde Avellaneda im Zusammenhang mit einer Schuld verhängt, die die Gemeinde beim Sozialwerk der Gemeindearbeiter hat. Die Gebäude der Gemeindeverwaltung und der Direktion für öffentliche Dienste und Grünflä-

chen und der „Park der Rechte des Arbeiters“ sind einige der unter das Embargo des II. Bundesgerichtes in La Plata fallenden Güter. Bei der Schuld handelt es sich um nicht weniger als neun Millionen Pesos. Der grössere Teil sind Forderungen für nicht abgeführte Beiträge für das Sozialwerk.

Touristen in Not

Ein Schneesturm hat am Sonntag 24 Touristen, darunter

sieben Kinder, in der Umgebung der Laguns del Diamante in der Nähe der chilenischen Grenze und 230 Kilometer von Mendoza entfernt völlig isoliert. Die Touristen waren in fünf Autos in Mendoza aufgebrochen und hatten den nahenden Wetterumschwung nicht bemerkt. Heer und Gendarmerie befreiten in der Nacht zum Montag die vom Schnee Eingeschlossenen.

Randglossen

Ob die offenen Internwahlen der Justizialistischen Partei für die Kandidatur des Staatspräsidenten am 11. April abgehalten werden oder später, eventuell im Juni oder Juli, ist nach wie vor ein offenes Thema. Der 11. April war schon vor vielen Monaten von den Gouverneuren der Partei mit Präsident Menem abgesprochen und vom letzten Parteitag bestätigt worden. Dann tauchten Stimmen auf, die den Termin verschieben wollten. In der argentinischen Landespolitik gilt bekanntlich der gängige Satz, dass Termine grundsätzlich dazu da sind, nicht eingehalten zu werden. Des Rätsels Lösung wird sich spätestens am 11. Februar lüften, weil die formelle Einberufung der Internwahlen 60 Tage vorher geschehen muss. Spätestens in drei Wochen werden wir erfahren, ob die Justizialisten am 11. April ihren Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen vom Oktober küren werden.

Das leidige Thema der illegalen Einwanderer ist ein Dauerbrenner der argentinischen Politik. Präsident Menem hat neuerdings wieder gedroht, dass alle Einwanderer, deren Personaldokumente nicht in Ordnung sind, abzuschicken sind. Ein Gesetz soll dafür sorgen, dass die berüchtigten Schlepperorganisationen bestraft werden, ebenso die Arbeitgeber, die Illegale einstellen. Solche Drohungen haben bisher nichts gefruchtet. Illegale Einwanderer, insbesondere aus Peru und Bolivien, lassen sich laufend im Lande nieder, arbeiten auf eigene Rechnung oder als Angestellte unter meist schrecklichen Bedingungen menschlicher Ausbeutung und werden nur heimgeflogen, wenn sie strafrechtlich für mindestens fünf Jahre verurteilt werden. Illegale betätigen sich laut Einwanderungsdirektor Hugo Franco auch als Verbrecher, angeblich bei 60 Prozent aller Delikte. Darüber weiss die Polizei freilich nichts. Das Thema erzürnt Gewerkschafter und Politiker, doch unterdessen passiert nichts. Schlepper und Arbeitgeber verdienen massiv an Illegalen.

Münchener Rück: Rekordjahr der Naturkatastrophen

Selten haben so viele Naturkatastrophen die Erde heimgesucht und solche Schäden angerichtet wie 1998. Weltweit starben nach Zahlen der Münchener Rück mehr als 50.000 Menschen bei Erdbeben, Überschwemmungen und Hurrikans im Vergleich zu 13.000 Toten im Vorjahr. Mit mehr als US\$ 90 Mrd. erreichten die volkswirtschaftlichen Schäden den zweithöchsten Wert der Nachkriegszeit. Der dramatische Anstieg der Katastrophen gehe ungebrochen weiter, teilte der weltgrösste Rückversicherer in München mit.

Schuld an den immer grösseren Schäden sei neben Klimaphänomenen wie El Niño die globale Erwärmung. „In Europa zeigen die letzten Jahre: Je wärmer die Winter, desto häufiger und stärker die Stürme“, sagte Geowissenschaftler Gerhard Berz von der Münchener Rück. Ein weiterer vom Menschen verursachter Klimawandel werde auch immer grössere Katastrophen bringen.

Insgesamt zählte der Rückversicherer 1998 weltweit mehr als 700 Naturkatastrophen - rund 100 mehr als in den meisten Vorjahren. Im Vergleich zu den 60er Jahren sei in den vergangenen zehn Jahren die Anzahl der grossen Naturkatastrophen auf das Dreifache gestiegen, die volkswirtschaftlichen Schäden kletterten inflationsbereinigt sogar auf das Neunfache. „Eine Trendwende ist nicht in Sicht“, sagte Berz. Am häufigsten waren Stürme (240) und Überschwemmungen (170), die mehr als 85% der Schäden anrichteten. Die Versicherungsbranche jedoch trug insgesamt - wie in den Vorjahren - lediglich rund 15% der Kosten. Der Grund: In den meisten von Naturkatastrophen betroffenen Ländern ist die Versicherungsdichte relativ gering.

Deutlich seltener und auch nicht so schadensträchtig waren in diesem Jahr dagegen Erdbeben und Vulkanausbrüche (110). Auch andere verheerende Naturereignisse wie Waldbrände, Dürren, Hitze- und Kältewellen, Erdbeben und Lawinen (zusammen 190) ereigneten sich weniger oft als im Vorjahr, hiess es weiter. (DPA)

Exportjahr 1998 bringt Deutschland neue Rekorde

Das Exportjahr 1998 hat der deutschen Wirtschaft trotz der Bremskraft der Krisen in Asien, Russland und Lateinamerika neue Rekorde gebracht. Bereits nach den Ergebnissen von elf Monaten steht fest, dass der bisherige Rekordüberschuss von DM 134,4 Mrd. aus dem Jahr 1998 übertroffen wird.

Als Stütze erwiesen sich die EU-Länder, die mehr als die Hälfte der deutschen Ausfuhren abnahmen. Im November legten die EU-Exporte mit 7% Zuwachs deutlich stärker zu als diejenigen in Länder ausserhalb der EU (plus 2,2%).

Trotz neuer Rekorde nahm die Dynamik der deutschen Exporte unter dem Einfluss der weltweiten Krisen im Jahresverlauf deutlich ab. So waren in den beiden ersten Quartalen im Jahresvergleich noch Ausfuhr-Zuwächse von fast 16% bzw. 10% erreicht worden. Im dritten Quartal waren es dann nur noch 3%. Für die ersten elf Monate 1998 summierten sich die Ausfuhren auf DM 871,4 Mrd. Aufgrund der hohen Erfolge zum Jahresbeginn waren dies noch 7,5% mehr als vor Jahresfrist. Der bisherige Spitzenwert im Export stammt aus dem Gesamtjahr 1997 mit einem Ausfuhrvolumen von knapp DM 889 Mrd.

Weil die Einfuhren im Zeitraum Januar bis November lediglich um 5% auf DM 741,7 Mrd. zulegten, erhöhte sich der Handels-Überschuss auf DM 129,7 Mrd. und erreichte damit schon fast das Rekordniveau aus dem Jahre 1989. Der gestiegene Handelsbilanz-Überschuss konnte die seit der deutschen Einheit negative Leistungsbilanz allerdings noch nicht ins Plus bringen. Sie steht für den Zeitraum Januar bis November mit DM 8,3 (Vorjahr: 17,2) Mrd. im Minus. In der Leistungsbilanz werden unter anderem die hohen Defizite bei Dienstleistungen wie dem Tourismus (minus DM 59,3 Mrd. in elf Monaten) sowie laufenden Übertragungen an andere Länder (minus DM 53,6 Mrd.) erfasst. Auch die Bilanz der Erwerbs- und Vermögens-Einkommen schlägt mit einem Minus von DM 22,6 Mrd. zu Buche. (DPA)

Staatsdefizit 1998: \$ 3,84 Mrd.

Im Dezember betrug das Defizit US\$ 720 Mio., womit das Jahresdefizit 1998 knapp \$ 3,84 Mrd. erreichte, um \$ 10 Mio. weniger als im letzten Abkommen mit dem IWF im Rahmen des letzten Besuches seiner Kommission in Buenos Aires vorgesehen wurde, wie Scahtzsekretär Guidotti amtlich bekanntgab. Er betonte dabei, dass das Defizit um US\$ 377 Mio. geringer als jenes von 1997 gewesen sei, was bei Ausklammerung der Privatisierungen um 9% weniger ist.

Die Verringerung des Defizites sei auf die Zunahme der Einnahmen um 3,3% gegen die Erhöhung der Ausgaben um 2,1% zurückzuführen, da die Bewegungen der Kapitalkonten grössenordnungsmässig nicht bedeutungsvoll gewesen sind. Bei den Einnahmen sei die Zunahme von 4,7% aus Steuern und von 11% aus nichtsteuerlichen Einnahmen hervorzuheben. Die Beiträge zu den sozialen Sicherheitssystemen gingen im Vorjahresvergleich um 1,7% zurück.

Die Ausgaben der Öffentlichen Hand blieben, wie Guidotti betonte, im Jahr 1998 eingefroren, so dass gegenüber dem Vorjahr keine Änderungen zu verzeichnen sind. Sie betrugen \$ 40,57 Mrd., um \$ 200 Mio. weniger als jene des Vorjahres. Alle zusätzlichen Einnahmen seien der Verringerung des Defizites und der verbesserten Bedienung der Aussenschuld zugute gekommen. So habe das Schatzamt um US\$ 900 Mio. mehr Zinsen gezahlt als im Vorjahr und das Defizit um \$ 400 Mio. verringert.

Der Primärüberschuss 1998 habe US\$ 2,5 Mrd. betragen, mehr als das Doppelte der US\$ 1,1 Mrd. des Vorjahres, womit die Fiskalauflagen des IWF als erfüllt zu betrachten seien.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Forderungen der Industrie

Die lokalen Industriellen machen sich zunehmende Sorgen über die Auswirkung der Abwertung in Brasilien auf die argentinische Industrie. Sie befürchten einen spürbaren Rückgang der Exporte, weil die argentinischen Produkte jetzt relativ teurer werden und auch wegen der Rezession, die sich jetzt in Brasilien verschärft, aber dann auch eine Flut brasilianischer Lieferungen nach Argentinien, die argentinische Produkte verdrängen. Da die argentinische Wirtschaft sich ohnehin in einer Rezessionsphase befindet, ist die Aussicht auf eine Vertiefung derselben sehr beunruhigend.

Letzte Woche suchte eine Delegation des Spitzenverbandes der Industrie, der „Unión Industrial Argentina“, geleitet vom Verbandspräsidenten Alberto Alvarez Gaiani, Wirtschaftsminister Roque Fernández auf, der sie in Begleitung des Arbeitsministers Antonio Erman González empfing. Die Unternehmer trugen ihre Sorgen und Bitten vor; aber der Minister nahm zunächst nur Notiz davon, versprach aber überhaupt nichts. Er will eben sehen, wie die Entwicklung weitergeht. Denn die Zusammenhänge sind nicht so einfach, wie es sich mancher Unternehmer vorstellt. Brasilien erlebt unvermeidlich als Folge dieser starken Abwertung eine interne Inflation, so dass es gut möglich ist, dass die Exportpreise eben nur wenig zurückgehen, eventuell sogar überhaupt nicht, wenn die brasilianischen Unternehmer die zukünftige Inflation bei ihrer Kalkulation berücksichtigen, wie es in Inflationszeiten üblich ist. Ausserdem müssen sie mit höheren Zinsen rechnen und ebenfalls Lohnerhöhungen einkalkulieren, die sich kaum vermeiden lassen. Die Inflation ist normalerweise ein Störfaktor für die Exporteure und nicht ein Anreiz, wie man es bei oberflächlicher Betrachtung empfindet.

Die Grundforderung der Industrie besteht in kompensatorischen Zöllen für den Import brasilianischer Produkte. Das ist jedoch im Rahmen der Mercosur-Ordnung nicht möglich, es sei denn Brasilien und die ande-

ren zwei Partner, Uruguay und Paraguay, willigen ein. Dies widerspricht jedoch dem Grundprinzip des Mercosur so diametral, dass es kaum als möglich erscheint. Dennoch wurde diese Möglichkeit auf offizieller Ebene behandelt und eventuell für möglich gehalten, allerdings nur wenn Brasilien zustimmt.

Die Unternehmer sind bei der Unterredung mit Fernández mit anderen Forderungen aufgekreuzt. Manche wurden bei dieser Gelegenheit nicht erwähnt, tauchten jedoch sonst in Erklärungen auf. Konkret handelt es sich um folgendes:

a. Sofortige starke Verringerung der Unternehmensbeiträge zu den Pensionskassen für diejenigen die Güter produzieren, die entweder exportiert werden oder der Importkonkurrenz ausgesetzt sind. Am letzten Mittwoch verfügte die Regierung, dass schon im Februar, statt wie vorgesehen im April die Pensionskassenbeiträge gesenkt werden, allerdings nur für Industrie und Landwirtschaft, gleich im 5. Punkte, statt stufenweise im Laufe des Jahres. Die Regierung ist hier somit dem Wunsch der Industrie entgegengekommen.

b. Beschleunigung der Rückgabe der MWSt. an Exporteure, beginnend mit einer sofortigen Auszahlung der geschuldeten Beträge. Die AFIP, das Amt für Fiskaleinnahmen, berichtete daraufhin, dass zwischen dem 4. und dem 18. Januar MWSt. an Exporteure landwirtschaftlicher Produkte für \$ 203 Mio. zurückgegeben wurde, wobei bis zum 31. Dezember schon \$ 201,2 Mio zurückerstattet worden waren, womit angeblich die gesamte Schuld bezahlt worden ist. Das bezieht sich jedoch nicht auf Industrieprodukte. Das Wirtschaftsministerium teilte dann mit, dass die Exporteure 1998 rund \$ 3 Mrd. an Rückzahlung der MWSt. erhielten, was 50% mehr als 1997 darstellt und 11,6% der Exporte ausmacht, gegen 8,5% im Vorjahr. Während die Verzögerung bei der Zahlung 1996 rund 180 Tage ausmachte, sind es jetzt 40 Tage. Demnach wäre die Forderung der Industrie unbegründet. Auf alle Fälle sollten die Industrievertreter kon-

krete Fälle vorbringen, bei denen eine Verzögerung besteht, die es auch gibt, damit das Wirtschaftsministerium untersuchen kann, um was es geht. Denn die Bearbeitung der Anträge ist nicht einfach, wobei in vielen Fällen Forderungen auf Rückgabe der MWSt. bestehen, die in Wirklichkeit in den vorherigen Etappen (also von Lieferanten des Exporteurs) nicht bezahlt worden ist. Die allgemeine Kontrollstelle des Staates („Auditoría General de la Nación“), geleitet vom radikalen Enrique Paxiao, hat schon vor Monaten darauf hingewiesen, dass die Kontrolle der AFIP absolut unzureichend ist. Die einzige Lösung besteht hier in einer Privatisierung der Kontrolle, ähnlich wie sie bei den Importen erfolgt ist.

c. Wiedereinführung der Exportrückvergütungen nach Brasilien, und, allgemein, Beschleunigung der Auszahlung, bei der auch ein Rückstand besteht. Nun widerspricht dies dem Geist der Mercosur, bei dem der Export als Binnenhandel angesehen wird. Die Problematik der Rückständigkeit bei den Zahlungen ist ähnlich derjenigen der MWSt., so dass hier auch die gleiche Lösung gilt.

d. Mehr Wirksamkeit der Bank für Aussenhandel und Investitionen (BICE), d.h. mehr Exportkredite und subventionierte Zinsen. Auch dies läuft auf mehr Staatsausgaben hinaus.

e. Energetische Stellungnahme Argentinien gegenüber den Mercosur-Partnern, damit sie Exportanreize nach anderen Mercosur-Ländern abschaffen. In Brasilien bestehen zahlreiche verkappte Subventionen für Produkte, die auch nach Argentinien exportiert werden. Jetzt sollten die argentinischen Unterhändler energisch deren Abschaffung fordern, widrigenfalls Argentinien kompensatorische Zölle einführt, wie dies beim Zucker schon der Fall ist, der in Brasilien über einen künstlich hohen für als Spaltprodukt erzeugten Alkohol subventioniert wird. Aber auch Schweinefleisch wird indirekt über subventionierten Mais für die Schweinezucht subventioniert. Die Liste geht noch weiter, wobei es oft nicht einfach ist, die Subventionen aufzudecken. Staatssekretär Guadagni reist

kommende Woche nach Brasilien, um diese Fragen zu behandeln. Kompensatorische Zölle bei Subventionen eines Exportlandes sind im Rahmen der WHO-Ordnung zugelassen, ebenfalls in der Mercosur-Regelung vorgesehen.

f. Schärfere Zollkontrolle, um Unterfakturierung zu vermeiden. Ebenfalls soll der direkte Schmuggel besser kontrolliert werden. Nun, die Lösung für den ersten Fall ist einfach: die Industrie muss die Produkte angeben, bei denen sie Unterfakturierung vermutet, und diese müssen der privaten Kontrolle unterstellt werden, sofern dies noch nicht der Fall ist. Bei Unterfakturierung hat die lokale Industrie ebenfalls die Möglichkeit, den Fall direkt bei der AFIP anzuzeigen, die eine besondere Abteilung eingeführt hat, die Gewinnsteuerinspektionen bei diesen Fällen verfügt. Denn wer unterfakturiert, verkauft dann schwarz; sonst geht die Rechnung nicht auf.

g. Schaffung eines Informationssystems über Importe, das den lokalen Unternehmen erlaubt, vorher zu wissen, was importiert werden wird, in welchen Mengen und zu welchem Preis. Das Zollamt ist angeblich dabei, ein System dieser Art einzuführen; ebenfalls hat Staatssekretär Guadagni angekündigt, dass er ein System automatischer Genehmigungen einführen werde, bei dem die Daten dann in einem Computergedächtnis gespeichert werden, zu dem allgemeiner Zugang besteht. Der Wirtschaftsminister sollte jetzt berichten, wie es um diese einfachen Initiativen in Wirklichkeit steht. Zunächst hat er in Aussicht gestellt, dass das System sofort eingeführt werden soll. Wäre diese Tätigkeit privatisiert worden, so würde sie schon seit langem bestens funktionieren. Aber beim Staat funktioniert eben alles, was mit Informatik zusammenhängt, sehr mangelhaft, einfach weil der Staat den Fachleuten nicht die Gehälter zahlen kann, die am Platz üblich sind, so dass er nur sehr schlechtes Personal erhält.

h. Senkung der Mindestliquiditätsreserven der Bank um 1% zwecks Erweiterung der Kreditkapazität, was auch die Zinsen senken würde, die nach der bra-

silianischen Abwertung wieder gestiegen sind. Das wäre in Ordnung, da diese Liquiditätsreserven bei Rezession gesenkt und bei guter Konjunktur hingegen erhöht werden sollten, wobei man hier das Gegenteil zu tun pflegt.

Verschiedene Industrieunternehmer haben beiläufig Forderungen gestellt, die mit dem Brasilien-Problem wenig zu tun haben, wie die Ausserkraftsetzung der Steuern auf Aktiva und auf gezahlte Zinsen. Das würde die Reform des jüngst erlassenen Gesetzes notwendig machen, was kaum in Frage kommt. Viele Unternehmer benutzen eben die Gelegenheit einer besonderen Krise, um allerlei Vorteile durchzusetzen.

Das Problem, das sich bei mehreren Forderungen stellt, besteht darin, dass sie den Fiskus Geld kosten, das er nicht hat, besonders jetzt nicht, nachdem die Einnahmen infolge der Rezession stark sinken. Das Schatzamt kann jetzt nicht, wie in früheren Zeiten, von der ZB Vorschüsse fordern, sondern muss sich strikt an das Budget und auch an das IWF-Abkommen halten. Dennoch hat der Wirtschaftsminister in einigen Punkten, die ihn Geld kosten, den Forderungen der Industrieunternehmer entsprochen. Was Wirtschaftsminister Fernández jedoch effektiv tun kann, ist die Erweiterung der privaten Importkontrolle verfügen und sich darum kümmern, dass das informativische Informationssystem funktioniert, sei es im Zollamt oder im Staatssekretariat für

Industrie, Handel und Bergbau. Was die Haltung Argentinien gegenüber den Mercosur-Partnern und auch gegenüber Drittstaaten betrifft, die argentinische Exporte behindern, so hat die Aussenhandelskommission soeben ein Register geschaffen und alle Exporteure aufgefordert, konkrete Fälle anzuzeigen. Abgesehen davon, müsste Argentinien bei Drittländern die konkreten Fälle bei der Welthandelsorganisation vorbringen, was eben nicht getan wird. Wird dann anerkannt, dass eine nicht erlaubte Importrestriktion besteht, dann muss das entsprechende Land diese aufgeben, widrigenfalls Retorsionsmassnahmen von Seiten Argentinien gestattet sind, die in der Praxis in einem Extrazoll für bestimmte Exportprodukte jenes Landes bestehen. Ein ganz konkreter Fall stellt sich seit langem mit dem Rindfleischimportverbot Japans, das Argentinien erlauben würde, einen Extrazoll auf japanische Automobile zu erheben, den die lokale Industrie bestimmt willkommen heissen würde. Dennoch hat der Verband der Kfz-Fabrikanten dies nicht gefordert, und die Regierung verhält sich passiv.

Die Lage in Brasilien hat sich bei weitem nicht stabilisiert; sie verheisst mehr Probleme, die dann auch auf Argentinien abfärben. Deshalb ist es gut, wenn sowohl die Regierung, wie die Industrievertretung die Entwicklung genau verfolgen und schnell handeln.

niemand über 15% des Kapitals besitzen, wobei bei mehr als 3% schon Meldepflicht besteht. Dadurch wurde erreicht, dass das Kapital von YPF stark verzettelt wurde und sich kein Kontrollaktienpaket bilden konnte. Etwas 80 Investment-Fonds der USA u.a. Ländern halten die Mehrheit der YPF-Aktien. YPF konnte 1993 auf diese Art privatisiert werden, weil der damalige Interventor, der dann zum Direktoriumspräsident gekürt wurde, José Estenssoro, das Unternehmen ab 1991 gründlich rationalisiert hat, so dass es Gewinn erwirtschaftete und eine phänomenale Dynamik entwickelte. Estenssoro ist etwas gelungen, was sonst bei Staatsbetrieben unmöglich ist; aber dabei hat er

Gesetz und Reglementierungen übertreten und gehandelt, wie wenn das Unternehmen schon privat gewesen wäre. Der Erfolg hat dies dann gerechtfertigt, und die Privatisierung hat dann die Übertretung der rechtlichen Bestimmungen legalisiert.

Bei dieser Sachlage, bei der es zwar Aktionäre gab, aber keine Kontrollgruppe, konnte Estenssoro das Unternehmen weiter führen und im Einvernehmen mit der argentinischen Regierung die Direktoren ernennen. Als er bei einem Flugzeugunfall in Ekuador umkam, übernahm der Vizepräsident (und persönlicher Freund und Mitarbeiter von Estenssoro seit vielen Jahren) Nells Leon die Führung, die er dann, als er Amtsmüde wurde, an Roberto Monti übergab, den er erst für die Sanierung der Tochtergesellschaft Maxus Energy angeheuert hatte, die YPF kurz vorher gekauft hatte. Die Aktionäre haben zwar die theoretische Möglichkeit, das Direktorium abzuwählen und zu ersetzen, haben jedoch bisher davon nicht Gebrauch gemacht, weil YPF eben sehr fachmännisch und effizient geleitet wird.

Im Sinne der YPF-Statuten und des Geistes, der dieser Privatisierung innewohnt, hätte das Aktienpaket der Regierung sukzessive an der Börse verkauft werden sollen. Dann hätte sich grundsätzlich an der Sachlage nichts geändert. Aber dabei hätte der Staat dann mindestens \$ 500 Mio. weniger eingenommen, auf die die Regierung offensichtlich nicht verzichten wollte, besonders jetzt nicht, da die Staatsfinanzen von der konjunkturbedingten Abnahme der Fiskaleinnahmen stark betroffen werden. Roque Fernandez meinte ausserdem, dieser Aktienverkauf sei ein gutes Signal für die internationale Finanzwelt, das besonders jetzt wichtig sei.

Repsol hätte wohl die 14,99% des Kapitals auch über die Börse kaufen können, womit das Unternehmen wohl weit weniger als die \$ 38 pro Aktie bezahlt hätte. Allerdings wäre dann der Kurs wohl gestiegen; aber bestimmt wären es Durchschnitt weniger als \$ 38 gewesen. Der Kauf des Gesamtpaketes beinhaltet somit bestimmt die Absicht, nachher eine Kontrollmehrheit zu erwerben. Repsol kann Abkommen mit Drittunternehmen abschliessen, die Akti-

en kaufen und dann gemeinsam mit Repsol handeln. Repsol kann aber auch für eine Statutenreform eintreten, für die allerdings bei der Generalversammlung Zweidrittelmehrheit notwendig ist, bei bestimmten Punkten sogar eine von 75%. Es ist schwierig, diese Mehrheit zustande zu bringen; aber unmöglich ist es nicht, da die Investmentfonds schliesslich nur Geld verdienen wollen und bereit sein können, der Statutenänderung zuzustimmen, wenn sich Repsol vorher verpflichtet, ihnen die Aktien zu einem höheren Preis als der Börsenkurs abzukaufen.

Repsol hat jedoch auch eine andere Möglichkeit, nämlich ein Angebot für 100% des Kapitals zum Preis von US\$ 38 pro Aktie. Das nennt man im angelsächsischen Börsenjargon „tender offer“. Dies ist in den Statuten erlaubt. Allerdings kostet ganz YPF zu diesem Kurs US\$ 13,4 Mrd., so dass dann noch US\$ 11,4 Mrd. fehlen. Wobei eventuell nicht alle das Angebot annehmen. Die Zeitung „Ambito Financiero“ schreibt, dass Repsol schon einen Kredit einer schweizer Bank zugesichert erhalten habe, um die restlichen YPF-Aktien zu kaufen. Das kann jedoch eine Ente sein, oder die Meldung ist ein Manöver um die Aktien an der Börse in die Höhe zu treiben. Zu diesem Kreditgerücht sei zweierlei zu bemerken: erstens, dass Repsol eigentlich nicht gross genug ist für einen so umfangreichen Kredit. Und zum zweiten, dass Repsol dann an Zinsen mehr zahlen würde, als es bei YPF an Dividenden erhalten kann, auch bei einer sehr grosszügigen Dividendenpolitik, so dass es sich vom Standpunkt von Repsol um ein Verlustgeschäft handeln würde. Repsol hatte gemäss der Bilanz von 1996 Aktiven von US\$ 16,22 Mrd., gegen US\$ 12 Mrd. von YPF, bei einem Gesamterlös von US\$ 21,34 Mrd. gegen US\$ 5,94 Mrd. von YPF, und bei einer Belegschaft von 19.700 Personen, gegen 9.750 bei YPF (einschliesslich Maxus). Repsol gehört nicht zu den grossen Erdölunternehmen der Welt, würde jedoch durch eine Fusion mit YPF (als nächster Schritt eines Kaufes des ganzen Kapitals oder der Kapitalmehrheit) in die ersten Klasse aufsteigen.

Es ist auch möglich, dass Repsol zunächst nur versucht,

Repsol kauft 14,99% des Aktienpaketes von YPF

Am Mittwoch Abend wurde bekannt, dass die spanische Repsol das einzige Angebot für das ausgeschriebene Aktienpaket von YPF von 14,99% des Kapitals eingereicht hat, und dabei knapp über US\$ 2 Mrd. geboten hat, die sie schon vorher informell angeboten hatte. Das sind US\$ 38 pro Aktie, was etwa US\$ 10 mehr waren, als der Börsenkurs zum Zeitpunkt des informellen Angebots, und etwas über 7 Punkte über dem Börsenkurs vom Mittwoch. Mit dieser Beteiligung erhält Repsol zwei Sitze im 12köpfigen Direktorium von YPF, hat demnach keine Entscheidungsgewalt, sondern nur ein Mitspracherecht.

Gemäss YPF-Statuten kann

engere Verbindungen mit YPF zu knüpfen, um Synergien zu entwickeln. In Argentinien hat Repsol schon vor einigen Jahren die Erdölfirma Astra gekauft und danach die Vertriebsfirma EG3, an der Astra vorher nur mit einem Drittel beteiligt war. International kann Repsol gute Geschäfte mit YPF entwickeln, zumal die Firma sehr stark im Downstream engagiert ist (Raffinierung und Vertrieb) und sehr wenig im Upstream (Erdölförderung), was darauf zurückzuführen ist, dass Spanien keine Erdöllager hat. YPF hat hingegen eine ausgeglichene Situation, mit einer Tendenz das Upstreamgeschäft stärker auszubauen, vornehmlich über die Tochtergesellschaft Maxus Energy. Somit kann Repsol auf diese Weise einen Vorteil aus der Beteiligung bei YPF erhalten. Denn als passiver Investor mit nur zwei Direktoren hat der Aktienkauf keinen Sinn.

Die argentinische Regierung hat jetzt noch 5,3% des Kapitals von YPF. Diese Aktien sollen gelegentlich auch verkauft werden, wobei die Regierung dann nur eine Entscheidungsaktie („golden share“) behält, mit der sie ein Vetorecht bei bestimmten Entscheidungen behält, wie z.B. die Verlegung des Sitzes der Gesellschaft von Argentinien ins Ausland. Im Verkaufsvertrag der Aktien verpflichtet sich die Regierung, binnen der nächsten drei Jahren für einen Vorschlag zur Änderung der Statuten zu stimmen, bei dem Repsol berechtigt wird, ein öffentliches Angebot für das gesamte Aktienpaket einzureichen. In dieser Dreijahresperiode verpflichtet sich die Regierung, andere Offerten nur dann zu erlauben, wenn ein Preis von 25% über dem jetzt von Repsol bezahlten gezahlt wird,

Vollkommene Dollarisierung?

Präsident Menem hat sicherlich nicht nur seinen Wirtschaftsminister Roque Fernández und das Kabinett überrascht, sondern auch die öffentliche Meinung, als er am Ende der vorwöchigen Kabinettsitzung den Minister beauftragte, die vollkommene Dollarisierung der argentinischen Wirtschaft zu untersuchen und ihm einen Bericht vorzulegen. Fernández versprach, in einigen Wochen mit dem Bericht aufzuwarten. Menem kommentierte hierzu, dass die Peronisten gelegentlich re-

also US\$ 47,50.

Die Regierung hat somit schon die politische Entscheidung getroffen, auf die es hier ankommt: dass sie sich einem Kauf von YPF durch Repsol, der eine grundlegende Änderung des Status der Gesellschaft bedeutet, nicht widersetzt. Allerdings hat die Opposition dagegen Stellung genommen: einmal hat sich Fernando De la Rúa konkret gegen den Verkauf des Aktienpaketes von 14,99% ausgesprochen, und dann hat Raul Alfonsín Wirtschaftsminister R. Fernandez aufgesucht, und nicht nur die gleiche Position vertreten, sondern ausserdem eine zukünftige Fusion mit Petrobras in Aussicht gestellt, wenn dieses Unternehmen privatisiert wird, um dann ein grosses Mercosur-Erdölunternehmen zu bilden. Das wäre jedoch für die argentinische Regierung nicht so einfach, da die Aktionäre in einer Generalversammlung, und nicht die Regierung, über solche Dinge entscheiden. Sollte somit die Allianz im Dezember dieses Jahres die Regierung übernehmen, was gut möglich ist, dann dürfte sie einer Übernahme von YPF durch Repsol kaum zustimmen, wobei sie auch die Verpflichtung, die die Regierung jetzt auf drei Jahre eingegangen ist, kaum achten würde. Auch eine neue justizialistische Regierung, mit Duhalde, Reutemann oder wer immer es sei, dürfte auch nicht unbedingt dieses Verpflichtung einhalten. Denn bei YPF spielt immer noch eine nationalistisches Gefühl mit, so dass ein Verkauf an Repsol, bei dem dann die effektive Entscheidungsgewalt in Spanien liegt, im allgemeinen nicht als positiv gesehen wird.

volutionärer als die Liberalen wie Fernández seien.

Tatsächlich wäre die vollkommene Dollarisierung der Wirtschaft bei Abschaffung der Landeswährung Peso eine zumindest monetäre Revolution in Argentinien. Nicht einmal Panamá hat die eigene Währung Balboa abgeschafft, obwohl in der kleinen Isthmusrepublik der US-Dollar frei umläuft. Die Landeswährung aufzugeben, entspricht etwa dem Euro in elf europäischen Staaten, deren Währungen verschwinden, wofür eine

dreijährige Übergangsperiode bereits läuft. In Europa haben elf Regierungen ihre monetäre Hoheit zugunsten einer gemeinsamen neuen Währung und einer ebenfalls gemeinsamen Zentralbank aufgegeben. Der Vorschlag Menems zielt schlichtweg auf die Aufgabe der monetären Hoheit ab, die durch den US-Dollar ersetzt werden würde.

Seit 1991, als die Konvertibilität eingeführt wurde, besteht in Argentinien die Doppelwährung Peso und US-Dollar, die das Volk in den beiden vorangegangenen Jahrzehnten hoher und Hyperinflation längst eingeführt hatte. Die Landeswährung Peso und Austral, letztere von 1985 bis 1992, galten nur als Zahlungsmittel für laufende Einkäufe sowie gesetzlich für Löhne, Gehälter, Steuern und Schulden. Seit 1991 ist der US-Dollar auch als Zahlungsmittel zugelassen, sofern Gläubiger und Schuldner diese Währung vereinbaren.

Das Konvertibilitätsgesetz

verpflichtet zudem die Zentralbank, ihre Passiven (Geldumlauf in Pesos und Swap-Schulden mit Banken) zu mindestens 67%, anfangs 80%, mit US-Dollar zu decken. Tatsächlich beträgt diese Deckung über 100%. In der Praxis könnte die argentinische Wirtschaft auch jetzt vollumfänglich dollarisiert werden, sollte das Volk seine Pesos gegen US-Dollar umwechseln und danach auf Zahlungen in dieser Währung bestehen.

Allerdings bedarf es für die vollkommene Dollarisierung eines Gesetzes, das die Zahlung der Steuerschulden und Löhne sowie Gehälter in US-Dollar zumindest erlaubt, gegebenenfalls sogar vorschreibt. Ebenso müsste dem Peso die Zahlungskraft abgenommen werden, so dass jeder Pesoschuldner in US-Dollar zahlen könnte und der Gläubiger diese Zahlung annehmen müsste, widrigenfalls der Schuldner sich entlastet, indem er den Betrag gerichtlich

SE USA CADA
VEZ QUE SE LAVA
SECARROPAS

KOH-I-NOOR

2.800 R.P.M. - TAMBOR DE ACERO INOXIDABLE

NUEVO



¡PODEROSO EL CHIQUITIN!

Fabrica y Distribuye AUTOSAL S.A. E. Echeverría 930 (1602) Florida
Pcia. de Buenos Aires-Argentina. Tel.: 730-0011-Fax: 730-0800

hinterlegt.

Es erscheint freilich auf Anhieb kaum machbar, dass der Kongress den Peso dergestalt entkräftet, zumal in einem wahlpolitischen Jahr. Ein Gesetzesentwurf der Exekutive, der die vollkommene Dollarisierung vorschläge, würde sicherlich auf starke Opposition stossen. Hier spielen emotionelle Motivationen mit, die die Politiker gerne hochspielen. Ohne ein solches Gesetz bleibt es bei der jetzigen unvollkommenen Dollarisierung, die auf freiwilliger Basis beruht. Jeder Einwohner hält Pesos oder Dollar nach Wunsch.

Der revolutionäre Vorstoss Menems beruht auf den unterschiedlichen Zinssätzen, zu denen die Banken Depositen aufnehmen und Darlehen vergeben. In Pesos zahlen die Banken etwa ein Prozent per annum mehr als in Dollar und für ihre Darlehen fordern sie auch höhere Zinssätze in der Landeswährung als in Dollar, vielfach sogar um mehrere Prozentpunkte. Zahllose Dollarschuldner für Haushalts- und Kraftwagenkäufe sowie für Hypotheken empfinden ihre Dollarschulden als ein Währungsrisiko, da sie selber als Angestellte Pesos verdienen.

Das Währungsrisiko beruht auf der Furcht, dass die Konvertibilität aufgegeben wird, so dass die Politiker wieder wie früher uferlose Staatsausgaben verfügen, die mit Geldschöpfung der Notenbank finanziert werden, ebenso wie letztere den Banken zuhanden ihrer Kunden allerlei Kreditgeschäfte finanziert. Die sichere Folge dieser Geldpolitik wäre die Abwertung und im Gefolge die Hyperinflation.

Die vollkommene Dollarisierung würde das Währungsrisiko bzw. Kursrisiko abschaffen, ebenso die Provisionen für den Währungsumtausch zwischen Peso und Dollar, wie innerhalb Eurolands bei europäischen Währungen. Insofern würden die Bankzinsen fallen, wenn die Pesodepositen und -darlehen entfallen. Das Solvenzrisiko bzw. die Einschätzung der Zahlungsfähigkeit des argentinischen Staates und der privaten Schuldner bleibt freilich bestehen, solange die öffentliche Hand sich kraft Defiziten neuverschulden muss und auf Auslandskredite angewiesen ist. Ohne das konsolidierte Defizit der öffentlichen Hand, das im nationalen Schatz-

amt, in den 24 Gliedstaaten und 2.200 Gemeinden 1999 kaum unter \$ 6,0 Mrd. bei Gesamtausgaben von über \$ 80 Mrd. fallen dürfte, würde das Solvenzrisiko fühlbar abnehmen und auch die Zinsspannen zwischen Pesos und Dollar vermindern. Argentinien würde wie Chile von den Rating-agenturen als „investment grade“ benotet werden, so dass der Zufluss von Auslandsgeld zunimmt und den gesamten Zinspegel im Lande senkt. Die Anfälligkeit der argentinischen Wirtschaft als Folge ausländischer Finanzkrisen, wie neuerdings die brasilianische Abwertung, würde auch fühlbar abnehmen. All das ist freilich utopische Zukunftsmusik, solange alle Politiker auf Defizit setzen und unterschwellig hoffen, dass die Wirtschaftsführung den Anschluss an ausländische Geldquellen offen hält.

Vorerst bleibt abzuwarten, welchen Bericht Minister Fernández dem Präsidenten über die vollkommene Dollarisierung unterbreitet, zumal er hierüber auch mit der US-Zentralbank, genannt Fed, sprechen will. Bei vollkommener Dollarisierung müssten mindestens 15 Mrd. Pesos an Geldscheinen in Dollarscheine umgewandelt werden, die das Fed auf Antrag in USA ausliefert. Solange die US-Regierung den Export von Dollarscheinen nicht verbietet, wofür sie sicherlich keinen Anlass hat, kann das sowohl durch private Kanäle als auch direkt zwischen Fed und der argentinischen Zentralbank bewerkstelligt werden.

Für die brasilianische Regierung, die inzwischen den Realkurs freigegeben hat und masslos abwertet, ist der Vorstoss Menems eben überraschend. Er weist in Richtung der Geldwertstabilität ohne Zentralbanken mit Geldschöpfungskapazität, die die letzte Ursache der Inflation mit Abwertung sind. Ein vollkommen dollarisiertes Argentinien würde auf ganz Lateinamerika abfärben, damit sich ein gemeinsamer Währungsraum herausbildet, der wie in Europa mit dem Euro nur mit US-Dollar funktioniert. All das ist freilich vorerst reine Utopie. Solche Vorstellungen beflügeln die politische Phantasie Präsident Menems.

Schärfere Importkontrollen

Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) hat mit Beschluss 335 neben den bereits bestehenden grünen, roten und orangefarbenen Einfuhrkanälen, nun auch den dunkelvioletten geschaffen. Dieser Einfuhrkanal soll nicht nur Gebühren- und Steuerhinterziehungen bekämpfen, sondern auch Unterfakturierungen. Bei dem Verdacht, dass eingeführte Waren unterfakturiert wurden, werden die Zollbeamten diese auf den dunkelvioletten Kanal umleiten, in dem nicht nur die Waren als solche und die dazugehörigen Begleitpapiere geprüft werden, was im roten Kanal üblich ist, sondern ausserdem der Importeur verpflichtet wird, eine Garantie zu hinterlegen, die den Differenzbetrag zwischen dem erklärten und dem tatsächlichen Wert der Waren sowie der entsprechenden Gebühren, abdeckt.

Das AFIP wird ausserdem gemischte Zoll- und Steuerinspektionen in die steuerlich angegebenen Geschäftsadressen der Importeure entsenden, wenn Verdacht der Steuer- oder Zollhinterziehung besteht. Wie AFIP Direktor Silvani berichtete, wurden bereits 385 derartige Inspektionen durchgeführt und dabei zusätzlich \$ 20 Mio. eingetrieben. In 95% der Fälle anerkannten die Betroffenen die Entscheidungen der Behörde, wodurch sie den Prozess vermieden. In einem Jahr kämen 1,5 Mio. Container über den Zoll, und nur 5% werden durch Auslosung den Kontrollkanälen zugeführt.

Ausser diesen Massnahmen wird das AFIP im Internet Informationen bereithalten, damit der Bezieher einer Ware bzw. einer Dienstleistung sofort feststellen kann, ob die Rechnung die er erhält vertrauenswürdig oder eine Fälschung ist. Es werde möglich sein, festzustellen, ob der Verkäufer zur Ausstellung von Rechnungen auch berechtigt ist und ob die Numerierung der Rechnung den im CAI (Código de Autorización de Imprentas) registrierten Nummern entspricht, sowie das korrekte Datum der Rechnungen.

Die Verpflichtung des Empfängers einer Rechnung, festzustellen ob diese den amtlichen Bestimmungen entspricht, ist insofern für die Bekämpfung der Hinterziehung bedeutungsvoll, als der Empfänger betrügerischer Rechnungen weder Steuerkredit beanspruchen, noch die Rechnung als Steuerabzugsposten buchen kann. Rechnungen müssten, so AFIP Direktor Silvani, wie Bankschecks sein. Absolut gültig und vertrauenswürdig. In Kürze werde für Auskünfte über die genannten Fragen die Refnummer 0-800-222222 zur Verfügung gestellt werden.

Unveränderte Zinsen bei Hypothekenkrediten

Im Dezember sind die Hypotekenzinsen bei den Banken unverändert geblieben, wie eine Ermittlung des Handelssekretariates bestätigt hat, die allerdings vor Einsetzen der Finanzkrise in Brasilien abgeschlossen wurde. Die Staatliche Hypothekenbank, die in diesem Fall als Referenz genommen werden kann, bestätigte allerdings auf Anfrage auch nachher, dass die Zinssätze unverändert geblieben sind und die Kunden, trotz der Nachrichten aus Brasilien, weiter um langfristige Kredite in Dollar ansuchen.

Die Ermittlung des Handelssekretariates verglich die Zinssätze vom Dezember mit jenen vom Oktober und konnte nur bei einigen der 50 geprüften Banken geringfügige Änderungen feststellen. U.a. erhöhte die Supervielle Bank den Satz für Pesodarlehen auf 10 Jahre um 6,68%; die Banco Francés senkte ihren Satz für Dollardarlehen auf 10 Jahre um 6,5% und die Banco General de Negocios um 13,02%. Die Credicoop Bank erhöhte ihren Pesosatz um 15,63%, die Bansud senkte den ihren um 12,04%. Bei Dollardarlehen zu variablen Sätzen erhöhte die BankBoston diesen um 0,65% und die Comafi Bank senkte ihn um 17,72%. Januar, der Monat der Brasilienkrise ist in der Ermittlung nicht berücksichtigt, doch die Hypothekenbank erklärte, wie gesagt, dass die Zinssätze weiter 12,5% im Jahr für Pesodarlehen auf 10 Jahre zu festen Sätzen, und 10% für Dollardarlehen mit der gleichen Laufzeit und ebenfalls zu festen Sätzen, sind.

Zinsen für Darlehen von US\$ 40.000, rückzahlbar in 10 Jahren, in US\$ zu festen Zinssätzen.

Bank	Jährl. Nennsatz%	Gesamt-Finanzkosten%	% Änder. Okt/Dez.98
Banco Municipal de La Plata	10,50	14,20	0,00
Banco Río	12,95	14,94	0,00
Staatliche Hypothekenbank	11,00	15,24	0,00
Banca Nazionale del Lavoro	15,30	16,56	0,00
Citibank	14,25	17,02	-13,03
Banco Quilmes	15,80	17,33	6,12
ABN Amro Bank	16,00	17,42	0,00
Banco Francés	16,50	17,98	0,00
BankBoston	16,00	18,16	ohn.Ang.
HSBC Roberts	16,50	18,50	ohn.Ang.

Wiedereinführung der bezahlten Verschrottung von Kfz

Der Staatssekretär für Industrie, Handel und Bergbau, Alieto Guadagni, kündigte die unmittelbare Wiedereinführung des Systems der bezahlten Verschrottung von Kfz an, das Cavallo seinerzeit eingeführt hatte (auf der Grundlage eines in Frankreich bestehenden Systems), Roque Fernández dann abschuf, wegen der Kosten für den Fiskus und weil die Kfz-Industrie sich ab 1996 in einer Aufschwungsphase befand, die dieses System unnötig machte. Jetzt erscheint es wegen der besonders schwachen Konjunktur auf diesem Sektor als eine zweckmässig Massnahme, wobei es vom Standpunkt der Verkehrssicherheit positiv ist, wenn ältere Kfz verschwinden. Das System soll jetzt per Notstandsdekret eingeführt werden.

Konkret handelt es sich um folgendes: Kfz von über 10 Jahren werden vom Staat übernommen, der sie verschrottet und dabei bei Automobilen \$ 3.000 zahlt, bei Kleinlastern \$ 4.000 und bei Lastwagen und Omnibussen \$ 12.000. Derjenige, der die alte Einheit übergibt, erhält ein Zertifikat für diesen Wert, das er für den Kauf einer gebrauchten, aber neueren Einheit einsetzen kann. Dieser kann es wieder für ein gebrauchtes Fahrzeug verwenden. Aber nach zwei Übertragungen muss es dann für ein neues Kfz eingesetzt werden, aber nur für ein in einer lokalen Fabrik erzeugtes Fahrzeug. Das Zertifikat wird dann zur Hälfte vom Staat bezahlt; die andere Hälfte muss das Unternehmen tragen, das das Kfz liefert. Da hier wohl der Listenpreis ange-

wendet wird, auf den die Kfz-Unternehmen schon jetzt Rabatte von gelegentlich 10% und mehr gewähren, sollte die Rechnung für die Fabrikanten aufgehen. Bei einem Automobil von \$ 15.000 macht das Zertifikat 20% aus, so dass das Unternehmen 10% trägt. Bei teureren Einheiten sinkt der prozentuelle Rabatt, da der Betrag von \$ 3.000 fest bleibt.

Der Teil, den der Staat trägt, wird direkt von den Steuern abgezogen, die das Unternehmen zahlt. Auf diese Weise wird erreicht, dass die Provinzen über die Hälfte der Kosten tragen. Denn die Beteiligung der Provinzen an den Nationalsteuern wird auf der Grundlage Nettosteuererlöses berechnet. Würde das Zertifikat vom Schatzamt ausgezahlt werden, dann würde es sich um eine Ausgabe des Nationalstaates handeln, der dann die Kosten allein tragen würde.

Von leicht über 6 Mio. Kfz sind 30% älter als zehn Jahre. das wären demnach 2 Mio. Einheiten. Von diesen würden etwa 50.000 jährlich nach diesem System verschrottet werden (besonders ganz alte Kfz, von 15 und mehr Jahren, deren Marktwert weit unter dem Betrag liegt, den der Staat bezahlt), was den Staat \$ 80 Mio. kosten würde, von denen somit der Nationalstaat etwas unter der Hälfte trägt. Dies würde somit den Umsatz bei neuen Kfz um etwa 15% steigern. Wenn man nun berechnet, dass 50.000 Kfz insgesamt einen Wert von etwa \$ 750 Mio. darstellen, so ergibt sich allen bei der MWSt. ein Betrag von \$ 157,5 Mio. Addiert man noch die

Gewinnsteuer und die provinzielle Bruttoumsatzsteuer, so gelangt man auf über \$ 200 Mio., so dass diese Subvention für den Fiskus ein sehr gutes Geschäft ist, auch für die Provinzen, die ihren Anteil an der MWSt. und der Gewinnsteuer erhalten. Dieser konkrete Fall zeigt, dass sich Subventionen gelegentlich doch

für den Fiskus lohnen, wobei auf alle Fälle nichts für das Schatzamt so teuer ist, wie eine Rezession, die sich sehr stark auf die Fiskaleinnahmen auswirkt. Nur müssen die Subventionen eben, wie in diesem Fall, intelligent gestaltet werden, damit sie die gewünschte Wirkung herbeiführen.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinsen der wichtigsten Banken für Fristdepositen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 6% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 6%.

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 5% auf 357,50, der Burcapindex um 7,7% auf 678,24 und der Börsenindex um 6% auf 15.360,15.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 4,8% auf \$ 0,7840.

Durch Gesetz 25.067 (Amtsblatt vom 18.1.99) wurde der Paragraph 59 des Gesetzes 24.977 (das die Globalsteuer schafft) dahingehend geändert, dass bestimmt wird, dass der Erlös der Steuer zu 70% an das ANSeS geht (das die soziale Sicherheit verwaltet) und zu 30% an die Provinzen.

Die Steuereinnahmen der Stadt Buenos Aires lagen 1988 mit \$ 2,76 Mrd. um 13,8% über dem Vorjahr. Besonders stark war die Zunahme bei der Bruttoumsatzsteuer, nämlich 17,3%.

Durch Dekret 1532/98 (Amtsblatt vom 18.1.99) wurde die neugeschaffene Steuer auf Zinsen (Gesetz 25.063, Titel IV) reglementiert, die ab 1.1.99 und bis zum 31.12.2008 gilt. Die Steuer muss gezahlt werden, im Moment, in dem die Zinsen bezahlt werden. Wenn es sich um Ausgabe von Obligationen zu einem Preis unter Pari handelt, dann muss die Differenz gleich als Zinssatz versteuert werden.

Die Fusion der Banken Santander und Central Hispano, in Spanien, lässt auch Zusammenschlüsse in Argentinien erwarten. Die Santanderbank hält 51% der Banco Río und will das Restpaket von Perez Companac übernehmen. Die Banco Río ist nach der Banco de Galicia die 2. grösste Privatbank Argentiniens, mit Einlagen von US\$ 4,53 Mrd. und 189 Filialen. Central Hispano hat 10% der Banco Galicia übernommen, die Einlagen von US\$ 6,4 Mrd. und 282 Filialen hat. Ausserdem ist die Central Hispano in Argentinien

ein Mitinhaberin der Banco Tornquist, die sie, als OHCH (O'Higgins Central Hispano), zu gleichen Teilen mit der chilenischen Luksic-Gruppe, von der französischen Credit Lyonnais erworben hatte. OHCH kontrolliert auch die Banco Santiago, die grösste Chiles, Bancosur in Peru und Banco Asunción in Paraguay. Auch die Santander Bank ist in diesen Staaten, sowie in Brasilien, Kolumbien und Venezuela vertreten. Weiteren Meldungen zufolge hat die Santander Bank am 8.1.99 für US\$ 179,6 Mio. (durchschnittlich US\$ 6,15 pro Aktie) an den Börsen von New York und Buenos Aires zusätzlich 9,3% der Banco Río erworben. Damit hält sie 51,23% des Kapitals und 64,4% der Stimmberechtigung.

Nach letzten Berechnungen des Landwirtschaftssekretariates wird die Weizenerte 1998/99 mit 10,4 Mio. t um 29,7% unter der des Vorjahres liegen. Wie M. Cuniberti, Spezialistin des Landwirtschaftsinstituts INTA, betonte, sollte besonderes Augenmerk auf den geringeren Proteingehalt der Sorten in diesem Erntejahr, besonders im Zentralgebiet des Landes, gelenkt werden.

YPF SA und Petrobrás teilen mit, dass sie einen Vertrag unterzeichnet haben, mit dem sich YPF SA verpflichtet, 12 Mio. cbm Erdgas pro Tag für den Staat Rio Grande do Sul bereitzustellen. TGN (Transportadora de Gas del Norte) und TGM (Transportadora de Gas del Mercosur) haben beschlossen, ihr System zu erweitern und eine neue Gasleitung von Uruguaiana, in Brasilien an der argentinischen Grenze, bis Porto Alegre für US\$ 250 Mio. zu legen. Von ihr wird Gas für das Wärmekraftwerk in Uruguaiana abgezweigt und weitergeleitet. Die neue Gasleitung in Brasilien errichtet ein Konzern aus Gaspetro, YPF SA, Total Global Ventures, Compañía General de Combustibles, Nova gas Internacional, Techint und Ipirange.

Die Nationale Aussenhandelskommission (CNCE) hat eine Aufstellung der Hindernisse für argentinische Exporte in verschiedenen Ländern begonnen. Zu diesem Zweck wurde im Sitz der CNCE, Paseo Colón 275, 7. Stock, Buenos Aires, ein „Nationales Register der Schranken, die gegen argenti-

Steuerkontrollen bei der Oberschicht

Die Verwaltung für Öffentliche Einnahmen (AFIP) gab Ergebnisse ihrer Ermittlungen im Stadtteil La Recoleta und in einigen Yachtclubs bekannt. An der am vergangenen Freitag in La Recoleta durchgeführten Kontrolle hatten 120 Steuerinspektoren und Beamte des Arbeitsministeriums teilgenommen. Bei 22 der 43 kontrollierten Gaststättenbetriebe wurden Anzeigen über Übertretungen erstattet, die zur Schliessung der Lokale führen können. Auch wurde die Rechtslage von 514 Mitarbeitern bezüglich ihrer Sozialversicherungen geprüft.

Bei den im Yacht Club Puerto Nuevo, dem Yacht Club Argentino und den Anlagen in Puerto Nuevo untersuchten 820 Wasserfahrzeugen wurde festgestellt, dass nur 40% in den eidesstattlichen Erklärungen ihrer Inhaber angegeben waren, 25% hatten ihr Boot in der Steuererklärung 1997 über Persönliche Vermögen nicht angegeben und 15% der Inhaber hatten diese Steuererklärung überhaupt nicht abgegeben.

In der Provinz Córdoba werden ebenfalls intensiver Ermittlungsverfahren durchgeführt und 750 bis 1.000 Geschäfte pro Tag auf die ordnungsgemässe Anfertigung der Quittungen geprüft.

nische Ausfuhren durch Drittländer errichtet wurden“ geschaffen. Es geht um technische Hindernisse, sanitäre Massnahmen, amtliche Massnahmen wie Regeirungskäufe u.a. Diese Hindernisse bestehen in den NAFTA-Staaten, in der EU, Japan und anderen Ländern. Die Kommission erwartet, dass die privaten Unternehmer konkrete Angaben beisteuern, damit der Staat dann auf internationaler Ebene handeln kann.

Calzar SA, das Sportschuh-Unternehmen von Alpargatas SA in Santa Rosa, Provinz La Pampa, hat die Arbeit wieder aufgenommen. Das Unternehmen war wegen Auftragsmangels durch einen Monat gesperrt.

Nach Molinos Rio de la Plata hat Pérez Companc in der Nahrungsmittelbranche nun auch das Molkereiunternehmen Abolio & Rubio und seine Marke La Paulina von einem Investmentfonds unter der Federführung von AVP übernommen. Der Kaufpreis betrug US\$ 60 Mio. bar und Schuldübernahmen für US\$ 42 Mio. Im September hatte Pérez Companc bereits 31% des Molkereiunternehmens Molfino Hermanos übernommen, wobei 69% in Händen eines der Firmengründer, Héctor Molfino, verblieb. Nun sollen die beiden Molkereien zusammengeschlossen werden, wobei Pérez Companc die Aktienmehrheit erhält und Molfino die Betriebsleitung übernimmt. Die neue Molfino wird 2. grösster Käsehersteller des Landes und könnte, mit 1,65 Mio. Liter verarbeiteter Milch pro Tag und US\$ 200 Mio. Jahresumsatz, Milkaut vom 3. Platz als Milchverarbeiter verdrängen.

Die endgültige Liquidierung der Restunternehmen ehemals staatlicher Betriebe wurde neuerdings verschoben. Der Verwaltungsbeschluss 639/98, Amtsblatt vom 18.1.99, legt die endgültige Liquidierung der Werft Domecq García SA, von Entel und Ferrocarriles Argentinos für den 30.6.99 fest. Die endgültige Liquidierung von Agua y Energía Eléctrica, ELMA, Ferrocarriles Metropolitanos, Instituto Nacional de Reaseguros, Obras Sanitarias, Banade, Caja Nacional de Ahorros y Seguros und Empresa Nuclear Argentina de Centrales Eléctricas SA soll zum 31.12.99 abgeschlossen sein. Die seit langem verfügbaren Liquidierungen sollten ursprünglich am 31.12.96 abgeschlossen sein.

Die US-Hotelkette Mecrotel Inns eröffnet im Jahr 2000 ein 4sterne Hotel mit 60 Zimmern für US\$ 1,8 Mio. in Mendoza Stadt und ein weiteres in Bahía Blanca mit 12 Stockwerken und 120 Zimmern für US\$ 3,5 Mio. Weitere Projekte haben Tres Arroyos, Patagonien und Buenos Aires Stadt im

Visier. In diesem Jahr sollen 6 Franchising-Betriebe eröffnet werden, wie G. Santaella, Vorsitzender von Hoteles Microtel Inns de Argentina erklärte. Das erste werde im Juni ein Hotel in Centro Costa Salguero sein.

A. Kessler, Staatssekretärin für kleine und mittlere Unternehmen (Pymes), erklärte, das Wirtschaftskabinettt habe vor, Garantiefonds für diese Betriebe zu schaffen. Die Höhe der zur Verfügung stehenden Mittel stehe noch nicht fest, doch sei ein FonMicro benannter Garantiefonds vorgesehen, der bei der Einheitssteuer (Monotributo) eingetragene Unternehmen direkt, nicht über Banken, begünstigen wird.

Die ZB hat die Referenz-Zinssätze, bis zu denen Fristdepositen bis US\$ 30.000 Depositen-schutz geniessen, für Pesos auf 30-59 Tage auf 10,75% und für Dollar auf 9,25% erhöht. Für Einlagen auf 60 Tage und mehr bleiben die Sätze von 10% für Pesos und 8,5% für Dollar in Kraft. Die Erhöhung passt sich dem Markt an, an dem seit der Brasilienkrise für grössere Beträge bis zu 12% geboten werden.

Die argentinischen Einfuhren aus Brasilien sind 1998 um etwa 10% gegenüber 1997 zurückgegangen. Von den Einfuhren entfallen 28% auf Kfz und deren Teile, bei denen ein kompensierter Handel besteht, 37% auf Rohstoffe und Halbfabrikate (Chemikalien, Papier, Kunststoffe, Eisenerz u.a.) und 21% auf Kapitalgüter.

Das Landwirtschaftssekretariat, die Viehgesundheitsbehörde Senasa und das Amt für Öffentliche Einnahmen AFIP haben gemeinsam verfügt, dass bei der Beförderung von Lebendvieh das von der Senasa angefertigte DTA (Documento para el Tránsito de Animales) mitgeführt werden muss. Es kann von Inspektoren der 3 Ämter für die Kontrolle des Gesundheitszustandes sowie der geschäftlichen und steuerlichen Verpflichtungen der Unternehmen gefordert werden. Jedes der Ämter kann die vorgesehenen Massnahmen verfügen, wenn der Begleitschein den Anforderungen einer der 3 Stellen nicht entspricht. Desgleichen haben die 3 Ämter beschlossen, ihr Informationsmaterial derart zu kreuzen, dass eine eingehendere Kontrolle ermöglicht wird.

Die laufenden Ermittlungen des Arbeitsministeriums über den Beschäftigtenstand haben im Dezember, im Raum Gross Buenos Aires, im Vormonatsvergleich einen Rückgang von 0,1% ergeben. Das Baugewerbe verzeichnete mit 4,4% im Monat und 9,6% im ganzen Jahr den höchsten Rückgang. Allgemein nahm der Beschäftigtenstand

im ganzen Jahr um 0,2% zu.

Die Gaspreise für den Endverbraucher, die vertragsgemäss alle 6 Monate angepasst werden müssen, ändern sich für das 1. Halbjahr 1999, je nach Konzessionsgebiet, zwischen plus 1,92% und minus 0,5%.

Ein Bundesgericht von Río Cuarto, Córdoba, hat in der Frage der 21%igen MWSt.-Belastung der privaten Krankenkassen dem Schutzrekurs von Medimed SA, die rd. 5.000 Mitglieder hat, stattgegeben. Sie muss den Steuerersatz nicht abführen. Die Verbände der privaten Krankenkassen Ademp und Cimara, der Ombudsman und der Verbraucherschutzverband Adequa haben bisher ebenfalls, allerdings erfolglos, Rechtswege eingeschlagen. Der Ombudsman hatte nach der Abweisung seines Schutzrekurses eine Beschwerde eingebracht, die ebenfalls abgelehnt wurde. Aufgrund der Entscheidung des Gerichtes von Córdoba will er weiter Prozess führen.

Durch Gesetz 25.082 (Amtsblatt vom 20.1.99) wurde verfügt, dass vom Erlös der Steuer auf Zinsen die von Unternehmen bezahlt werden, und auf den vermutlichen Mindestgewinn (Aktivensteuer), zunächst \$ 2,15 Mrd. abgezogen werden, die an das Rentensystem abgeführt werden. Sollten die Einnahmen aus diesen Steuern nicht ausreichen, dann wird der fehlende Betrag auf das kommende Jahr übertragen.

Das Wirtschaftsministerium hat beschlossen, den Zollsatz für neue Kapitalgüter, sowie Elemente für Informatik und für Fernverbindungen, die nicht im Mercosur erzeugt werden, von 14% auf 6% zu senken. Die Listen werden gleich bekanntgegeben, wobei die lokalen Kapitalgüterfabrikanten dann 10 Tage Zeit haben, um Einwände vorzu-bringen.

Die Regierung der Provinz Buenos Aires hat erneut Automobile für die Polizei zollfrei, ohne MWSt. und ohne Bruttoumsatzsteuer, importiert, im Rahmen eines Gesetzes aus der Zeit der Militärregierung (März 19978), das den Streit- und Sicherheitskräften dies erlaubt, das erstaunlicherweise noch nicht ausser Kraft gesetzt wurde. Dieses Mal handelt es sich um einen Kauf für \$ 60 Mio. Gouverneur Duhalde rechtfertigte die Entscheidung mit dem Argument, dass er dabei \$ 17 Mio. gespart habe. Die lokalen Firmen Ford und Toyota erhoben Protest, wobei Ford bemerkte, dass dieser Auftrag erlaubt hätte, die Suspendierung von 1.400 Arbeitern aufzuheben oder auf alle Fälle stark zu verringern. An-schliessend erklärte Industrie- und Handelssekretär Guadagni, dass die

Wirtschaftsführung beschlossen hat, die Abschaffung des entsprechenden Gesetzes im Rahmen der ausserordentlichen Parlaments-sitzungen behandeln zu lassen.

Ab 1. Februar werden die Stromtarife in der Bundeshauptstadt und Umgebung um etwa 3% erhöht. Das ist eine direkte Folge des Umstandes, dass es weniger geregnet hat, so dass weniger Strom von den Wasserkraftwerken geliefert wird und somit der Durchschnittspreis für Strom auf dem Grossistenmarkt zugenommen hat. Die Zunahme beträgt hier zwischen 12% und 14%, wobei jedoch der grössere Teil durch die Reserven aufgefangen wird, die CAM-MESA, das Unternehmen, das den Grossistenmarkt verwaltet und reguliert, gebildet hat. Auf alle Fälle bleiben die Stromtarife im Durchschnitt um 20% unter dem Stand von 1992, als das System privatisiert wurde.

Das Energiesekretariat hat beschlossen, die im Vorjahr verfügte Deregulierung aufzuheben. Der Vorgänger des gegenwärtigen Energiesekretärs César McCarthy, Alfredo Mirkin, hatte damals verfügt, dass alle Unternehmen die Möglichkeit haben würden, den Strom direkt von den Kraftwerken zu beziehen. Diese Möglichkeit ist jetzt begrenzt. Wenn ein massiver Übergang auf den direkten Kauf stattfindet, dann muss der Strompreis für die restlichen Konsumenten erhöht werden, da CAMMESA gezwungen ist, den Strom der ehemaligen Segba-Kraftwerke zu 40 Mills zu kaufen, was wesentlich über den 25 Mills liegt, um die der Marktpreis schwankt. Diese Vorzugsklausel läuft nächstes Jahr ab.

Durch Dekret 21/99 (Amtsblatt vom 21.1.99) wurde der Kabinettschef ermächtigt, Ausgaben zu verpflichten, die auf zukünftige Budgetjahre entfallen, um öffentliche Arbeiten in Auftrag geben zu können, die schlüsselfertig und finanziert geliefert werden müssen. Es handelt sich dabei um \$ 415 Mio. für das interprovinzielle föderale System und \$ 8,5 Mio. für Systeme zur Ableitung von Regenwasser in der Bundeshauptstadt. Der Hauptbetrag soll für Arbeiten bestimmt werden, um der Bevölkerung in wasserarmen Gegenden Wasser für sie, die Viehwirtschaft, Landwirtschaft und Industrie zuzuführen. Das Dekret gibt nicht bekannt, um welche Arbeiten es sich konkret handelt.

Die Devisenreserven Argentiniens haben sich nach dem kurzfristigen Rückgang anlässlich der Abwertung des Real vollkommen stabilisiert. Am 15.1. gingen sie um US\$ 531 Mio. zurück, am 18.1. nur mehr um US\$ 13 Mio. auf US\$ 33,68 Mrd.

Bei zunehmenden Depositen

findet eine leichte Verlagerung von Pesos auf Dollar statt. Vom 13.1., an dem die Brasilienkrise ausbrach, nahmen die Kontoeinlagen bis zum 18.1. um 480 Mio. zu. Depositen von Privatanlegern nahmen dabei um US\$ 382 Mio. zu. Bei ihnen beträgt die Zunahme in Dollar 734 Mio. und der Rückgang in Pesos \$ 352 Mio. Neben der Verlagerung auf Dollar finden daher auch weitere Neueinlagen statt.

Die Wirtschaftsführung musste bei der vorgesehenen Unterbringung von Schatzscheinen mit Fälligkeit 2027 für US\$ 215 Mio., den durch die Brasilienkrise erhöhten Zinssatz von 12,07% annehmen. Das sind 6,9 Punkte über entsprechenden T-Bonds. Im Oktober wurden 10,29% bezahlt, in November 11,29% und im Dezember 11,25%.

Gouverneur Duhalde verpflichtete sich vor Unternehmerverbänden in der Provinzhauptstadt La Plata, angesichts der Brasilienkrise Massnahmen zu ergreifen, wie die Subventionierung von Kreditzinsen um Finanzkosten zu verringern, Kredite an kleine und mittlere Unternehmen zu erhöhen und ein Krisenkomitee zu schaffen.

Das Industrie- und Handelssekretariat hat Dumpingermittlungen über die Einfuhr von ganzen, ausgenommenen Junghühnern aus Brasilien eingeleitet. Damit wird der seit 1994 von Geflügelzüchtern geführten Klage stattgegeben, dass die Zunahme der Geflügeleinfuhren aus Brasilien auf Dumping zurückzuführen ist.

Die Ermittlungen über den Kleinhandel, den die Consultingfirma AC Nielsen jährlich durchführt, ergab für das 1. Halbjahr 1998, dass die Supermärkte mit 1% der Lebensmittelgeschäfte 57% der Branchenumsätze, um 7,54% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum, tätigten. Der Absatz in kleinen Läden, 88% aller Lebensmittel-Verkaufslokale, ging 1997 und im 1. Halbjahr 1998 von 25% auf 20% der Gesamtverkäufe zurück. Im Raum Gross Buenos Aires haben die Supermärkte im 1. Halbjahr 1998 bereits 61,1% Anteil am Lebensmittelmarkt, gegen 15,8% der kleinen Läden und 23,1% der Selbstbedienungsgeschäfte. 1994/98 gingen die Lebensmittelverkäufe in kleinen Läden von 56,4% auf 20% zurück und nahmen

in Supermärkten von 26,6% auf 57% zu. Die der Selbstbedienungsläden stiegen von 17% auf 23%.

Transportsekretär Canosa gab bekannt, dass das Dekret über die 15%ige Fahrpreiserhöhung bei den Sarmiento- und Mitre-Bahnstrecken in rd. 10 Tagen zur Unterschrift vorliegen wird. Der mit TBA neuausgehandelte Konzessionsvertrag sieht Investitionen von mehr als US\$ 2 Mrd. vor, für die schrittweise Tarifierhöhungen eingeführt werden. Voraussetzungen für die tarifierhöhungen sind die Inbetriebnahme von 33 generalüberholten Waggons mit Klimaanlage. Instandsetzung und Umbau von 8 Bahnstationen beider Strecken. Eine internationale Ausschreibung für rd. 250 neue Waggons,

die Ende Februar erfolgen soll. Der Umbau der Stationen sieht Zugänge für Körperbehinderte, neue Beschaltungsanlagen und Sicherheitskameras vor. Bisher wurden bereits US\$ 60 Mio. investiert.

Die deutsche Adidas geht mit ihrem hiesigen Lizenznehmer Gatic einen Joint venture auf 10 Jahre ein, von dem das Stammhaus 51% besitzt. Gleichzeitig verhandelt Gatic mit dem Investmentfonds AVP (Argentine Venture Partners) über den Verkauf seiner Show Sport Lokale, im Rahmen der Umstrukturierung, bei der bereits Fabriken in Córdoba, Corrientes und Olavarría geschlossen wurden, während in den Provinzen Buenos Aires und La Rioja weiter gefertigt wird.

Entwicklung der Währungsreserven der Zentralbank

(in Milliarden Pesos)

	30.11.98	4.12.98	14.12.98	17.12.98	24.12.98	4.1.99	11.1.99	18.1.99
Gold, Devisen u. Anlagen	23,08	24,77	24,54	25,14	25,70	25,10	25,99	25,47
Staatspapiere	1,78	1,76	1,77	1,65	1,61	1,63	1,63	1,60
Internat. Reserven ZB	34,87	26,53	26,31	26,79	27,32	26,73	27,62	27,07
Liquiditäts-Rückstellungen (Com. A. 2350)	6,20	6,16	6,66	6,55	5,95	6,86	6,61	6,62
Währungsreserven des Finanzsystems	31,07	32,69	32,97	33,34	33,26	33,59	34,24	33,68
Notenumlauf	14,49	15,23	15,41	15,15	16,23	16,41	16,24	15,58
Bankdep. in Dollar bei ZB	0,01	0,01	0,03	0,03	0,05	0,02	0,03	0,03
Monetäre Passiven	14,50	15,24	15,17	15,18	16,28	16,43	16,27	15,61
Nettosaldo Swaps	8,65	9,57	9,40	9,82	9,23	8,46	9,51	9,74
Depositen der Regierung	1,19	1,83	1,55	1,43	1,99	0,98	0,88	0,93
Finanzpassiven	23,15	24,82	24,57	25,00	25,51	24,89	25,78	25,35

Quelle: Zentralbank